

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

64. Jahrgang · 9–11/2014 · 24. Februar 2014



## Leichte und Einfache Sprache

*Simone Seitz*

Leichte Sprache? Keine einfache Sache

*Gudrun Kellermann*

Leichte und Einfache Sprache –  
Versuch einer Definition

*Anatol Stefanowitsch*

Leichte Sprache, komplexe Wirklichkeit

*Valentin Aichele*

Leichte Sprache –  
Ein Schlüssel zu „Enthinderung“ und Inklusion

*Sven Nickel*

Funktionaler Analphabetismus

*Bettina Fackelmann*

Sprache in Politik und Wissenschaft

# Editorial

Eine Voraussetzung für Kommunikation und Teilhabe in demokratischen Gesellschaften ist sprachliche Kompetenz. Die Konzepte der Leichten und Einfachen Sprache zielen darauf, sprachliche Hürden für diejenigen abzubauen, die Alltags- oder auch Fachsprachen (etwa „Amtsdeutsch“, Wissenschaftssprachen) nicht oder nur schwer verstehen. Während Leichte Sprache insbesondere seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland 2009 an Bedeutung gewonnen hat, erhält Einfache Sprache seit den jüngsten Erkenntnissen über das Ausmaß des funktionalen Analphabetismus besondere Relevanz: 14,5 Prozent der 16- bis 64-Jährigen in Deutschland können zwar einzelne Wörter und Sätze lesen (und verstehen), nicht aber zusammenhängende Texte.

Leichte und Einfache Sprache werden oftmals synonym verwendet, obwohl Ausgangslage, Regeln und Zielgruppen sich unterscheiden. Erstere fokussiert Menschen mit kognitiven Behinderungen oder Lernschwierigkeiten. Letztere konzentriert sich auf Menschen mit geringen Lese- und Schreibkompetenzen; niedrigschwellige Angebote sollen den Zugang zur Schriftsprache und den Spaß an Büchern erleichtern. Neben der fehlenden einheitlichen Definition ist die Übersetzung der Texte eine weitere Herausforderung: Wie können Sinnverluste minimiert werden und welche sind hinnehmbar, um grundlegende Informationen vermitteln zu können?

Die Forschung über das Zusammenspiel von Sprache, Bewusstsein und Teilhabe steht noch am Anfang. Daher gilt es, bei der Institutionalisierung der Leichten und Einfachen Sprache vor allem Menschen als Expertinnen und Experten einzubinden, die selbst zu den Zielgruppen zählen. Mit Blick auf Einfache Sprache sind flankierend auch Ursachen der verbreiteten geringen Lese- und Schreibfähigkeit in den Blick zu nehmen. Die Beobachtung, dass Texte in vereinfachter Sprache offenbar zunehmend auch von Menschen in Anspruch genommen werden, die formal nicht zu den Zielgruppen gehören, zwingt zum Innehalten: Fehlt uns nur die Zeit oder sind wir überfordert von der wachsenden gesellschaftlichen Komplexität?

*Asiye Öztürk*

# Leichte Sprache? Keine einfache Sache

Seit der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-Behinderten-

rechtskonvention)<sup>1</sup> in

**Simone Seitz**  
Dr. phil.; Professorin für Inklusive Pädagogik mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung, Unterrichts- und Schulentwicklung im Kontext von Inklusion, Professionalisierung von Fachkräften und Lehrkräften für inklusive Praxis, Universität Bremen, Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften, Bibliothekstraße/GW2, 28359 Bremen.  
simone.seitz@uni-bremen.de

Deutschland ist Inklusion als Schlagwort in aller Munde. Seither wird im Alltag und in den Medien der Begriff Inklusion (wörtlich: „Einschließung“) hauptsächlich mit Bezug auf die Frage von „Behinderung“ diskutiert. Fachlich gesehen greift Inklusion allerdings weit dar-

rüber hinaus. Inklusion ist hier in einem direkten Zusammenhang mit Exklusion („Ausschließung“) zu denken und in diesem Verständnis grundlegend für den Zustand einer Gesellschaft.

Entlang dieser gedanklichen Klammer von Einschließung und Ausschließung lässt sich die Frage bearbeiten, ob Menschen in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen eine „Rolle spielen“. Nur wenn dies gegeben ist, wenn sie in dieser Rolle adressiert werden, können Menschen an den Leistungen einzelner gesellschaftlicher Teilbereiche teilhaben.<sup>2</sup>

Konkret lässt sich mit dem Zusammenhang von Inklusion und Exklusion unter anderem fragen, ob und unter welchen Bedingungen Menschen an Bildung teilhaben dürfen – etwa in der Rolle als Schüler oder Schülerin in Schulen. Hieran anknüpfend kann untersucht werden, welche Organisationen hierfür zur Verfügung stehen und wie die Einzelnen von diesen adressiert wer-

den – beispielsweise welche Schulformen es gibt und ob dort Bildung diskriminierungsfrei zugänglich ist.

Blickt man von diesem Gedanken aus auf die Zielsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, nämlich „die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“<sup>3</sup>, so wird das Gewicht der Konvention klar. Sie zielt so gesehen in das Herz gesellschaftlicher Grundfragen. Diskriminierungsfreie Teilhabe an Bildung, Kultur und anderen gesellschaftlichen Bereichen auf der Basis gleicher Rechte, dies soll hier deutlich werden, ist ein zentraler Gedanke zum Verständnis der UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Konvention beschreibt hiervon abgeleitet Behinderung als unzureichende Teilhabe (Partizipation). Dies schließt körperliche, psychische, soziale und kognitive Beeinträchtigungen und mögliche Benachteiligungen ein, die sich aus dem Zusammenspiel mit äußeren Bedingungen ergeben können, aber darüber hinaus auch die Diskriminierung von Minderheiten beziehungsweise die institutionelle oder individuelle Ungleichbehandlung von Personen mit gleichem Rechtsstatus.

Auch der ungleiche Zugang zu Wissensvorräten ist in diesem Zusammenhang bedeutsam. Denn oftmals ist das Wissen um Institutionen, um Rechtslagen und hiermit

<sup>1</sup> Vgl. UN-Behindertenrechtskonvention, 2006, [www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere\\_UNKonvention\\_KK.pdf?\\_\\_blob=publicationFile\(3.2.2014\)](http://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf?__blob=publicationFile(3.2.2014)).

<sup>2</sup> Vgl. Rudolf Stichweh, Leitgesichtspunkte einer Soziologie der Inklusion und Exklusion, in: ders./Paul Windolf (Hrsg.), Inklusion und Exklusion, Wiesbaden 2009, S. 29–41.

<sup>3</sup> UN-BRK (Anm. 1), S. 14. Als weitere Grundsätze sind festgehalten: „a) die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit; b) die Nichtdiskriminierung; (...) d) die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit; e) die Chancengleichheit; f) die Zugänglichkeit; g) die Gleichberechtigung von Mann und Frau; h) die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.“

zusammenhängende Aspekte eine Voraussetzung dafür, Diskriminierung benennen und Teilhabe einfordern zu können. Nur wenn beispielsweise Eltern wissen, welche rechtliche Handhabe ihnen zur Verfügung steht, um einen diskriminierungsfreien Zugang ihres Kindes zu einer allgemeinbildenden Schule einzufordern, auch wenn diesem „sonderpädagogischer Förderbedarf“ attestiert wird, können sie dies durchsetzen. Daher kann schwierige Sprache eine konkrete Barriere darstellen, die Einzelnen Teilhabe an kulturell geteiltem Wissen erschwert und zugleich deren Möglichkeiten der Mitbestimmung schmälert.

## Inklusiv oder exklusiv?

Leichte Sprache wurde ursprünglich von Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern entwickelt, die sich als Menschen mit Lernschwierigkeiten beschreiben. Die Idee bestand zunächst darin, speziell dieser Zielgruppe Zugang zu wichtigen Informationen zu schaffen. Dabei ging es auf der Zielebene unter anderem darum, mittels Leichter Sprache die eigenen Rechte besser zu kennen, um sie wirkungsvoll vertreten zu können und somit ein Instrument der Selbstvertretung zur Verfügung zu haben.

Hiervon ausgehend wurden zunächst vor allem Informationen aus dem Kontext der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Leichte Sprache übersetzt. Die so entstandenen Texte schlossen eine große Lücke und übernehmen bis heute eine wichtige Funktion: Sie sichern der Zielgruppe den Zugang zu Wissensvorräten, die notwendig sind, um eigene Rechte vertreten und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Bald zeigte sich jedoch die Nutzbarkeit der Leichten Sprache für einen breiteren Kreis an Menschen. So kann es beispielsweise für mehrsprachig lebende Menschen eine bedeutende Hilfe sein, sprachlich unkomplizierte Darstellungen von Sachzusammenhängen zu erhalten. Die Themenfelder der typischerweise in Leichte Sprache übersetzten oder verfassten Texte sind allerdings oftmals auf die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Lernschwierigkeiten zugeschnitten und damit nicht zwangsläufig von Interesse für weitere Personenkreise. Auch sind die An-

forderungen, die sich im Kontext von Mehrsprachigkeit an die Konzeption von Leichter Sprache stellen, nicht gleichzusetzen mit denen, die im Kontext von Lernschwierigkeiten entwickelt wurden.

Dieser Wandel an Bedeutung und in der Folge an konzeptionellen Anforderungen, der sich am Beispiel Leichter Sprache beobachten lässt, weist aber auch beispielhaft auf eine grundlegende Herausforderung im Kontext von Inklusion hin. Geeignete angepasste Hilfen wie Leichte Sprache sind für den Zugang zu Informationen notwendig und sorgen auf der einen Seite für Diskriminierungsfreiheit der Zielgruppe. Sie setzen jedoch die Definition dieser Zielgruppe voraus und können unter Umständen auch positive Diskriminierung bedeuten. Denn sie heben damit unweigerlich die Besonderheit der hierüber konstruierten Zielgruppe hervor und unterliegen somit letztlich einer Defizitkonstruktion.

Die hieraus resultierenden Ambivalenzen zeigen sich etwa in der Schilderung einer Lehrkraft aus ihrem beruflichen Alltag in einer Schule mit einem sozioökonomisch und kulturell vielfältigen Einzugsgebiet. Wenn sie Leichte Sprache in Elternbriefen nutzen würde, so berichtet sie, könne sich ein Teil der Eltern diskriminiert und/oder nicht ernst genommen fühlen. Die Nutzung schwieriger Sprache jedoch „hängt einen Teil der Eltern ab“.

Leichte Sprache, das wird hier deutlich, sorgt somit einerseits für Teilhabe, geht aber mit der Zuschreibung an das Gegenüber einher, auf Leichte Sprache angewiesen zu sein und unterstellt damit ein Defizit. Beides gewinnbringend zusammenzuführen und mit Wertschätzung zu unterlegen, etwa über selbstdifferenzierende Texte, stellt derzeit noch ein konzeptionelles Desiderat dar.

Ein Verständnis von Leichter Sprache als „exklusives“ Instrument von und für Menschen, die sich selbst als Menschen mit Lernschwierigkeiten verstehen (und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern), deckt aber, auch das wird im Beispiel deutlich, sicherlich nur in Teilen den skizzierten Anspruch auf Diskriminierungsfreiheit in der UN-Behindertenrechtskonvention ab. Gerade im Bildungssektor ist Teilhabe ein umfassenderes Problem mit weiter greifenden konzeptionellen Anforderungen.

## Gar nicht so leicht – mögliche Grenzen

Auch Wissenschaftsdisziplinen sind aufgefordert für Zugänglichkeit zu sorgen – und die Inklusionsforschung ist hier ihrem Auftrag gemäß sicher in besonderer Verantwortung. Vor diesem Hintergrund entschieden wir 2012, einen von uns herauszugebenden Sammelband mit aktuellen Beiträgen aus den Reihen der Inklusionsforschung zugleich in Leichte Sprache zu übersetzen.<sup>f</sup> Insbesondere die „Beforschten“ sollten auf diesem Weg die Chance erhalten, ein Fachbuch zu aktueller Forschung zu lesen und zu verstehen.

Dabei zeigte sich schnell, dass jede Übersetzung unweigerlich die Aussage mit einem eigenen Sinn versieht, so auch eine von schwieriger Sprache in Leichte Sprache. Daher bauten wir mehrere Überarbeitungsschleifen ein, zum einen im Herausgeber-Team, zum anderen mit den Autorinnen und Autoren der Texte in schwieriger Sprache. Letzteres ermöglichte es zurückzumelden, ob der Text in Leichter Sprache sich aus ihrer Sicht stimmig verhält zum Originaltext.

Zugleich konnte es nicht das Ziel sein, im Sinne einer reduktiven Didaktik komplexe Zusammenhänge zu simplifizieren und sie möglicherweise zu verharmlosen. Die Schwierigkeit bestand folglich darin, komplexe Zusammenhänge in klaren Worten und kurzen Sätzen auszudrücken, ohne dass der Sinn verstellt wird oder möglicherweise bevormundend wirkt.

Doch sind komplexe Zusammenhänge wie der zwischen sozialer Ungleichheit und deren Reproduktion im Schulsystem nur unzureichend in Leichter Sprache abzubilden, so mussten wir eingrenzend feststellen. Auch in Übersetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention in Leichter Sprache lässt sich diese Schwierigkeit wiederfinden. In einer der Fassungen des Artikels 24 Absatz 1 Satz 1 in Leichter Sprache heißt es beispielsweise: „Der Staat muss dafür sorgen, dass behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam

<sup>f</sup> Vgl. Simone Seitz et al. (Hrsg.), Ist Inklusion gerecht? Inklusions-Forschung in leichter Sprache, Marburg 2013; dies. et al. (Hrsg.), Inklusiv gleich gerecht? Inklusion und Bildungsgerechtigkeit, Bad Heilbrunn 2012.

zur Schule gehen und gemeinsam lernen können.“<sup>f</sup> Im Originaltext heißt es hier: „(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen (...).“<sup>g</sup> Hierzu gehört zweifellos, dass Kinder nicht mit der Begründung einer Behinderung von allgemeinbildenden Schulen ausgeschlossen werden (Artikel 24 Absatz 2), wie dies in der Kurzfassung treffend benannt wird. Die Idee eines inklusiven Bildungssystems lässt sich aber mit der Kurzformel des gemeinsamen Lernens „behinderter“ und „nichtbehinderter“ Kinder nur unzureichend zusammenfassen. Denn es gilt in der Umsetzung inklusiven Schullebens, Partizipation (*participation*) im Sinne sozialer Zugehörigkeit und Mitbestimmung mit individueller Herausforderung (*achievement*) zusammenzuführen. Kennzeichnend für inklusive Qualität in Schulen ist daher vor allem die selbstverständliche Übernahme von Verantwortung für das erfolgreiche Lernen und die soziale Zugehörigkeit aller Kinder und gerade nicht eine unterstellte Dichotomie zwischen „behinderten“ und „nichtbehinderten“ Kindern.

Leichte Sprache zu verwenden, heißt somit weit mehr als nur andere Worte zu benutzen und kürzere Sätze zu bauen. Letztlich handelt es sich um eine fachlich anspruchsvolle didaktische Aufgabe: Es geht darum, Zugänge zu komplexen Sachzusammenhängen zu ermöglichen, die Zusammenhänge aber nicht unangemessen zu vereinfachen, sondern auf das Wesentliche hin zu konzentrieren, gewissermaßen eine Essenz des Textes zu erstellen. Eine inhaltliche Verknappung ist hierbei unumgänglich, sollte aber transparent gehalten werden.

## Es geht um mehr

Die Adressatinnen und Adressaten für Leichte Sprache gelten ebenso wie die Verwendungsmöglichkeiten von Leichter Sprache mittlerweile als breit und heterogen.

<sup>f</sup> [www.ich-kenne-meine-rechte.de/index.php?menuid=38&reporeid=20](http://www.ich-kenne-meine-rechte.de/index.php?menuid=38&reporeid=20) (3.2.2014).

<sup>g</sup> UN-Behindertenrechtskonvention (Anm. 1), S. 35.

So gesehen könnte das Instrument inklusiver geworden sein, denn es bezieht offensichtlich unterschiedliche Bedürfnisse ein und sorgt für Partizipation. Unklar scheint aber zu sein, wie dies in der Umsetzung konzeptionell geleistet werden kann.

Zukunftsbezogen gilt es bei den weiteren Entwicklungen, die mit der breiteren Nutzung einhergehen, die wachsende Verantwortung gegenüber der Textauswahl und dem Umgang hiermit im Blick zu behalten. Denn eine breitere Verfügbarkeit von Texten in Leichter Sprache kann dazu führen, dass schwierige Texte „erst recht“ unzugänglich bleiben und so ein Teil des Anliegens unterlaufen würde. Stets ist folglich die Deutungsmacht darüber, was in Leichte Sprache übersetzt wird und wie dies geschieht, kritisch zu hinterfragen.

Vor allem aber gilt es, diese Aspekte in die Qualifizierung pädagogisch Handelnder zu implementieren. So schildert eine Lehrerin in einem Interview, dass eine ihrer Schülerin-

nen das Zeugnis des ersten Schuljahres auch noch im dritten Schuljahr täglich im Ranzen trägt. Sie besuchte die Familie zu Hause: „Und dann habe ich der Mutter auch gesteckt, dass ihr Kind noch das Zeugnis aus der ersten Klasse im Ranzen hat. Sie sagte zu mir ‚Was ist ein Zeugnis?‘. Sie wusste nicht, was ein Zeugnis ist und deshalb wusste sie auch nicht, was man damit machen soll.“

Hier zeigt sich, dass Wissensvorräte im Einzelfall wesentlich von dem abweichen können, was Professionelle erwarten, und Verständigung mehr umfasst als die Wahl einfacher Worte. Es genügt folglich keinesfalls, Begriffe zu übersetzen. Vielmehr geht es um Zugänglichkeit zu kulturell gebundenem implizitem Wissen, wie über die Funktionsregeln und Verfahren in Bildungsinstitutionen. Barrierefreiheit sollte zukunftsbezogen wohl mehrperspektivisch gedacht werden und unser aller Denken flexibler machen.

## Europa auf der Kippe?

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus  
im Vorfeld der Europawahlen

17. –18. März 2014  
Köln



Die Zustimmung für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Nun wappnen sich diese politischen Akteure für die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 22. bis 25. Mai 2014 – ein deutlicher Stimmenzuwachs gilt als sicher. Europäische Politikerinnen und Politiker mahnen bereits, dass der zunehmende Einfluss europaskeptischer bis hin zu Europa vollkommen ablehnender Parteien die europäische Integration deutlich erschweren wird.

Namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Journalistinnen und Journalisten aus Europa und den USA werden die Entwicklung dieser Kräfte auf dieser international ausgerichteten Tagung skizzieren und analysieren. Im Rahmen von Workshops werden Aspekte wie Antisemitismus, Antimuslimismus, Antiziganismus und die zunehmende Ablehnung der Europäischen Union und europäischer Ideen aus der Perspektive verschiedener Länder untersucht und diskutiert.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:  
[www.bpb.de/173300](http://www.bpb.de/173300)

bpb:  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

Gudrun Kellermann

# Leichte und Einfache Sprache – Versuch einer Definition

Leichte Sprache rückt in Deutschland zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. Immer mehr Internetauftritte, Broschüren und Flyer werden in Einfacher Sprache gestaltet.

**Gudrun Kellermann**  
M. A.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für empirische Soziologie, Universität Erlangen-Nürnberg.  
gud-ke@web.de

Einfache Sprache – ist es dasselbe? Oft werden beide Begriffe synonym verwendet. Da Leichte Sprache kein geschützter Begriff ist, kommen unterschiedliche Regeln zum Einsatz. Leichte Sprache im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat das Ziel, Menschen mit Leseschwierigkeiten die Teilhabe an Gesellschaft und Politik zu ermöglichen. Sie folgt bestimmten Regeln, die unter maßgeblicher Mitwirkung des Vereins Mensch zuerst entwickelt wurden, und zeichnet sich unter anderem durch kurze Hauptsätze aus, weitgehenden Verzicht auf Nebensätze, die Verwendung von bekannten Wörtern, während schwierige Wörter erklärt werden. Das Schriftbild sollte klar, ohne Schnörkel (Serifen) und ausreichend groß sein. Nach jedem Satzzeichen sowie bei sinnvollen Satzabschnitten wird ein Absatz gemacht. Die Optik von Bild und Schrift muss übersichtlich sein. Farben sind eher sparsam einzusetzen. Einfache Illustrationen sind besser als Fotos, auf denen zu viele Details zu sehen sind.<sup>1</sup>

Anders als bei der Leichten Sprache gibt es für die Einfache Sprache kein Regelwerk. Sie ist durch einen komplexeren Sprachstil gekennzeichnet. Die Sätze sind länger, Nebensätze sind zulässig und sämtliche im Alltag gebräuchlichen Begriffe werden als bekannt vorausgesetzt. Fremdwörter sollten allerdings auch hier nach Möglichkeit vermieden werden, ansonsten sind sie zu erklären. Nach

## Leichte Sprache

Erlaubt sind Satzellipsen, also unvollständige Sätze wie „Schlecht“ statt „Das ist schlecht“. Längere zusammengesetzte Namenwörter werden mit einem Bindestrich getrennt, etwa „Heim-Beirat“ statt „Heimbeirat“. Außerdem wird der Doppelpunkt gezielt als hinweisendes Signal eingesetzt: „Benutzen Sie aktive Wörter.“

*Schlecht: Morgen wird der Heim-Beirat gewählt.  
Gut: Morgen wählen wir den Heim-Beirat.“*

## Einfache Sprache

Einfache Sprache ist komplexer. Auch schwierigere Begriffe werden benutzt:

„Die Staaten sind dafür verantwortlich, dass Behinderte an der Entwicklung von allen Gesetzen beteiligt sind, die sich mit den Rechten und Pflichten von Behinderten beschäftigen.“

Auszüge aus: Mensch zuerst (Anm. 1); B.I. Tronbacke (Anm. 9).

Satzzeichen und Satzabschnitten muss nicht zwingend ein Absatz folgen, solange der Text überschaubar bleibt. Auch das optische Erscheinungsbild von Schrift und Bild ist weniger streng geregelt. Texte in Einfacher Sprache sind für viele Menschen hilfreich, etwa für Menschen mit Lese- und Rechtschreibschwäche,<sup>2</sup> Menschen mit Hirnverletzungen, ältere Menschen und hörbehinderte Menschen mit geringerer Lautsprachkompetenz, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen, Lernende einer Fremdsprache oder auch Touristinnen und Touristen. Selbst Menschen, die nicht zu den genannten Zielgruppen gehören, können von Einfacher beziehungsweise Leichter Sprache profitieren, wie eine Nutzerin der Leichten Sprache unterstreicht: „Bei einer Veranstaltung in Berlin erklärte ein Bundestagsabgeordneter, dass er regelmäßig

*Der Beitrag basiert auf dem Redemanuskript eines Vortrags, der im Rahmen der Ringvorlesung „Behinderung ohne Behinderte?! Perspektiven der Disability Studies“ am 8. April 2013 an der Universität Hamburg gehalten wurde*

<sup>1</sup> Vgl. Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland (Hrsg.), Das neue Wörterbuch für Leichte Sprache, Berlin 2008, S. 221–240.

<sup>2</sup> Im Rahmen des Forschungsprojekts „leo. – Level-One Studie“ wurde der Grad der Literalität (Lese- und Schreibkompetenz) der deutschsprachigen Bevölkerung untersucht. Hierbei wird von 7,5 Millionen Menschen mit funktionalem Analphabetismus ausgegangen, was etwa 14 Prozent der Bevölkerung entspricht. Vgl. Anke Grotluschen/Wibke Riekman, leo. – Level-One Studie, Pressemappe, 2011, <http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo> (7.2.2013).

ganz kurzfristig viele Texte und Entwürfe lesen und durcharbeiten muss. Einmal war er so sehr unter Zeitdruck, dass er froh war, dass es den Text auch in leichter Sprache gab.“<sup>†</sup>

Leichte Sprache hat ihren Ursprung in der US-amerikanischen Organisation People First, die 1974 gegründet wurde und 1996 die Idee des Easy Read entwickelte. Diese Idee wurde auch in Deutschland aufgegriffen:<sup>†</sup> 1997 entstand in Deutschland ein erstes offizielles Netzwerk von Menschen mit Lernschwierigkeiten, und 2001 wurde der Verein Mensch zuerst gegründet, der zwei Wörterbücher in Leichter Sprache herausgab. 2006 entstand das Netzwerk Leichte Sprache in Deutschland.<sup>‡</sup> 1998 wurden von der europäischen Vereinigung der ILSMH (International League of Societies for Persons with Mental Handicap) erstmals Europäische Richtlinien für die Erstellung von leicht lesbaren Informationen entwickelt und herausgegeben.<sup>§</sup> Daraus erstellte die internationale Organisation Inclusion Europe im Jahr 2009 in Kooperation mit Menschen aus acht Ländern – Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Österreich, Portugal, Schottland – ein umfassendes Regelwerk zu Leichter Sprache.<sup>¶</sup> Es ist weitgehend in sehr einfacher Sprache mit klarer und ansprechender Optik verfasst und geht auch auf die Gestaltung von Print- und Audiomedien, Internetauftritten und Videos ein. Inclusion Europe hat ein Gütesiegel für Leichte Sprache entwickelt, das in Deutschland mittlerweile verbreitet ist und Texte kennzeichnet, die in Leichter Sprache verfasst und von Menschen mit Lernschwierigkeiten geprüft wurden.

Der Motor für Einfache Sprache waren neben gesetzgebenden Institutionen vor allem

<sup>†</sup> Zit. nach: Carina Kühne, Leichte Sprache: Nur für Menschen mit Handicap?, 17. 11. 2012, <http://carinasblog.de/?p=978> (7. 2. 2014).

<sup>‡</sup> Vgl. <http://peoplefirstltd.com/what-we-do> (7. 2. 2014).

<sup>§</sup> Vgl. [www.leichtesprache.org/mitglieder.htm](http://www.leichtesprache.org/mitglieder.htm) (7. 2. 2014).

<sup>¶</sup> Vgl. Europäische Richtlinien für die Erstellung von leicht lesbaren Informationen für Menschen mit geistiger Behinderung für Autoren, 1998, [www.webforall.info/wp-content/uploads/2012/12/EURichtlinie\\_sag\\_es\\_einfach.pdf](http://www.webforall.info/wp-content/uploads/2012/12/EURichtlinie_sag_es_einfach.pdf) (7. 2. 2014).

<sup>¶</sup> Vgl. Europäische Regeln, wie man Informationen leicht lesbar und leicht verständlich macht, 2009, [http://www.inclusion-europe.org/images/stories/documents/Project\\_Pathways1/DE-Information\\_for\\_all.pdf](http://www.inclusion-europe.org/images/stories/documents/Project_Pathways1/DE-Information_for_all.pdf) (20. 2. 2014).

Verbände aus dem Bibliotheks- und Verlagswesen.<sup>§</sup> 1992 wurde die Leser Charta verabschiedet, die das Recht auf Lesen verankert und dessen Bedeutung für die Teilhabe an der Gesellschaft heraushebt.<sup>¶</sup> 1999 gab IFLA (International Federation of Library Associations and Institutions) Richtlinien für Easy-Reader-Material heraus, also Richtlinien für leicht lesbares Material.<sup>¶</sup> Das Konzept umfasst zwei Komponenten: die sprachliche Abänderung eines Textes, sodass er leichter zu lesen ist, jedoch ohne den Inhalt zu verändern, und die Vereinfachung von Texten sowohl auf sprachlicher als auch auf inhaltlicher Ebene. In den Richtlinien werden als Hauptzielgruppen Menschen mit einer Behinderung, etwa mit einer Lernbehinderung, und Menschen mit begrenztem Lese- und Sprachvermögen benannt.

## Leichte Sprache in Europa

Schweden nimmt im Bereich Easy-to-Read eine Vorreiterrolle ein. Das Komitee der Swedish National Agency for Education griff die Idee erstmals 1968 auf. 1984 wurde die erste Zeitung in Einfacher Sprache herausgegeben. Die achtseitige Zeitung „8 Sidor“ erscheint wöchentlich. Seit 1991 hat Schweden auch ein eigenes Verlagsgebäude für Publikationen in Einfacher Sprache. Servicestellen der Easy-to-Read-Kommission erstellen und übersetzen im Auftrag von Behörden, Organisationen, Verbänden und Unternehmen Texte in Einfache Sprache. Seit 1992 sind etwa 3500 Personen als sogenannte Lesebeauftragte aktiv, die Menschen mit Leseschwächen unterstützen.<sup>¶</sup> Zu den Zielgruppen gehören Menschen mit Lernschwierigkeiten, Hörbehinderung, funktionalem Analphabetismus, Legasthenie, Aphasie, Autismus, Demenz, Hirnverletzungen, Personen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen und

<sup>§</sup> Vgl. Kerstin Matausch/Birgit Peböck, Verbreitung und Einsatz von Einfacher Sprache in Europa & Österreich, 2007, [www.ki-i.at/fileadmin/pdf/Studie%20Easy-Web%20final.pdf](http://www.ki-i.at/fileadmin/pdf/Studie%20Easy-Web%20final.pdf) (7. 2. 2014).

<sup>¶</sup> Vgl. Richtlinien für Easy-Reader Material, zusammengestellt und herausgegeben von Bror I. Tronbacke, 1999, <http://archive.ifla.org/VII/s9/nd1/iflapr-57g.pdf> (7. 2. 2014).

<sup>¶</sup> Vgl. ebd., S. 4.

<sup>¶</sup> Eine ähnliche Initiative ist in Deutschland der Lea-Leseclub für Menschen mit und ohne Behinderung, [www.kubus-ev.de/lea-leseclub](http://www.kubus-ev.de/lea-leseclub) (7. 2. 2014).



Kinder. Auch in Finnland, Norwegen, Dänemark, Belgien, Estland und den Niederlanden erscheinen regelmäßig jeweils eigene Zeitungen in Einfacher Sprache.<sup>12</sup>

In Deutschland gibt es zwar keine Wochenzeitung mit Nachrichten in Leichter oder Einfacher Sprache als gedrucktes Papier, jedoch die Webseite [nachrichtenleicht.de](http://nachrichtenleicht.de), die seit 2011 besteht und seit 2013 wöchentlich Online-Nachrichten veröffentlicht. Außerdem erscheint seit 2009 die Zeitung „Klar & Deutlich“. Neben diesen Zeitungen, die sich auf die Vermittlung von aktuellen Nachrichten konzentrieren, gibt es eine Reihe weiterer Zeitungen und Magazine in Leichter beziehungsweise Einfacher Sprache für verschiedene Zielgruppen und zu verschiedenen Themen, wie etwa die ABC-Zeitung für Menschen mit funktionalem Analphabetismus, die Zeitung „WeiberZEIT“ für Frauen mit Lernschwierigkeiten oder das Magazin „Ohrenkuss“ der Bundesvereinigung Lebenshilfe.

Die Webseite [nachrichtenleicht.de](http://nachrichtenleicht.de) wurde 2010 und 2011 von Studierenden der Fachhochschule Köln entwickelt. Sie präsentiert einmal wöchentlich Nachrichten in Einfacher Sprache aus aller Welt. Zunächst erschienen die Nachrichten probeweise vier Wochen lang wöchentlich. 2013 nahm die Fachhochschule Köln das Projekt wieder auf, diesmal in Kooperation mit dem Deutschlandfunk. Seither erscheinen jeden Samstag neue Nachrichten zu Kultur, Sport und anderen Themen. Zu jeder Nachricht ist ein Foto zu sehen und alle Nachrichten können zusätzlich als Audioversion gehört werden. Außerdem stehen manchmal unterhalb der Nachrichten Worterklärungen. Die Texte sind in Einfacher Sprache verfasst,<sup>13</sup> und nicht in Leichter Sprache gemäß dem Regelwerk des Netzwerkes Leichte Sprache. Dennoch war die Resonanz des Vereins Mensch zuerst sehr positiv.<sup>14</sup> Zugleich wurde jedoch von anderer Seite Kritik geäußert und zwar von Menschen, die offensichtlich nicht zu den Zielgruppen der Webseite gehörten. Die

<sup>12</sup> Vgl. Marita Tjarks-Sobhani, Technische Dokumentation für Analphabeten, in: Technische Kommunikation, 6 (2012) 34, S. 25.

<sup>13</sup> Vgl. etwa: Dinosaurier-Knochen gefunden, 29.3.2013, [www.nachrichtenleicht.de/vermishtes/dinosaurier-knochen-gefunden](http://www.nachrichtenleicht.de/vermishtes/dinosaurier-knochen-gefunden) (7.2.2014).

<sup>14</sup> Vgl. [www.people1.de/nachrichten/2013-01-17.php](http://www.people1.de/nachrichten/2013-01-17.php) (7.2.2014).

Kritik wandte sich nicht gegen die Webseite an sich, sondern gegen das Konzept der Leichten Sprache. Im Folgenden greife ich einige der Kritiken auf.

Der Deutschlandfunk machte im Januar 2013 auf Facebook, einer sozialen Internetplattform, auf die Webseite [nachrichtenleicht.de](http://nachrichtenleicht.de) aufmerksam. Dadurch entstand eine kontroverse Diskussion. Eine erste Reaktion lautete: „Deutschlandfunk für Deppen?“ Mehrere Menschen widersprachen entrüstet dem Kommentar, schließlich sei Leichte Sprache eine gute Sache. Viel Zustimmung erhielt die Antwort des Deutschlandfunks: „Finden Sie das nicht ein wenig hart? Kennen Sie nicht vielleicht auch einen Menschen mit geistiger Beeinträchtigung, der am Leben teilhaben will, der auch wählen darf? Was spricht dagegen, diesen Menschen Informationen anzubieten?“ Im Laufe der Diskussion zeigte es sich, dass der Teilnehmer seine Kritik weniger gegen die angesprochene Zielgruppe richtete. Vielmehr bemängelte er den Verlust von Inhalten durch Kürzungen. Damit würden Nachrichten manipulativ wirken. Diesem Vorwurf ist zuzustimmen, jedoch gleichzeitig entgegenzusetzen, dass Nachrichten immer manipulativ sind: Alles, was uns über Zeitung, Radio, Fernsehen erreicht, entspricht nie der vollkommenen Wahrheit. Außerdem haben alle Menschen ein Recht auf Information über das, was sich in der Welt abspielt. Zugleich steht die Pädagogik in der Pflicht, so früh wie möglich Medienkritik zu lehren.

Inhaltliche Verkürzungen bei Übersetzungen von der Alltagssprache in die Leichte Sprache und damit Verfälschungen sind ein häufiger Vorwurf. Deshalb wird im Regelwerk von Inclusion Europe empfohlen, ein langes Dokument bei der Übersetzung in Leichte Sprache in mehrere kurze Dokumente mit jeweils einem eigenen Unterthema aufzuteilen. Außerdem wird empfohlen, ein Zusatzangebot wie audiovisuelle Medien bereitzustellen, etwa Hörbücher, Videos, CD-ROMs oder DVDs. Das Problem der inhaltlichen Veränderung durch sprachliche Vereinfachungen bleibt hier immer noch bestehen. Das gilt allerdings auch für Übersetzungen aus Fremdsprachen, das heißt jede Übersetzung von einer Sprache in eine andere geht mit einem gewissen inhaltlichen Verlust einher. Gerade Nachrichten in den Massenmedien durchlaufen international

zahlreiche Übersetzungsprozesse, in Talkshows kommen Gäste verschiedener Länder zusammen, Spielfilme werden synchronisiert und Bücher in verschiedenen Sprachen publiziert. Die Übersetzungsqualität ist immer von den übersetzenden Menschen abhängig, die darüber entscheiden, welche Inhalte vermittelt und welche weggelassen werden. Die Adressatinnen und Adressaten müssen sich der inhaltlichen Veränderungen durch Übersetzungen bewusst sein und sollten bereits im Schulalter lernen, übersetzte Inhalte kritisch zu hinterfragen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass Leichte Sprache an Kindersprache erinnere. So meinte eine Facebook-Nutzerin: „Ein interessanter Ansatz, der durchaus einiges an Positivem in sich birgt. Der Erfolg bleibt noch abzuwarten, mir scheint die Nähe zu Kindernachrichten wie z.B. ‚Logo‘ doch gegeben, auch da geht es schließlich um kürzere Sätze und die vereinfachte Darstellung von komplexen Inhalten.“ Das hängt maßgeblich davon ab, wie Leichte Sprache in audiovisuellen Medien präsentiert wird. Internetseiten für Kinder sind bunter und schriller, die Schriftarten und Schriftgrößen ändern sich ständig, die Sprache für lesekompetente Kinder ist komplexer als Leichte Sprache. Die Sätze folgen streng den Regeln der deutschen Grammatik, während bei der Leichten Sprache etwa Bindestriche bei zusammengesetzten Namenwörtern zum Einsatz kommen. Die Sprache ist meist emotional gefärbt und hat manchmal einen „pädagogischen Klang“. Kinder werden geduzt, bei erwachsenen Nutzerinnen und Nutzern der Leichten Sprache gilt immer die Anrede „Sie“. Außerdem spielt auch die Auswahl des Bildmaterials eine große Rolle. Bei Leichter Sprache unterstützt das Bildmaterial den Textinhalt: Es muss einfach und klar sein sowie auf ausschmückende Details verzichten. Bildmaterial für Kinder hingegen hat vorwiegend das Ziel, Interesse an einem Text zu wecken und ihn optisch aufzulockern.

## Stellenwert der Leichten Sprache in der Gegenwart

Die Ausführungen verdeutlichen, dass der Begriff Leichte Sprache nicht geschützt ist und verbindliche Regeln nötig sind. Ein Problem ist unter anderem, dass nicht klar

zwischen Leichter Sprache und Einfacher Sprache differenziert wird. Der Menschenrechtsreport der BRK-Allianz im März 2013, der die Umsetzung der UN-BRK seit 2009 kritisch betrachtet, fordert eine klare Definition: „Obgleich der Staatenbericht (zur UN-Behindertenrechtskonvention, Anm. G.K.) die Wichtigkeit des Zugangs von Menschen mit Behinderungen zu Kommunikation unterstreicht, werden nur eingeschränkt Maßnahmen unternommen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Beispielsweise besteht bislang weder eine Definition von ‚Leichter Sprache‘ noch sind Standards eingeführt. Eine gesetzliche Verbindlichkeit, ‚Leichte Sprache‘ zu nutzen, besteht nicht“<sup>15</sup> – obgleich es politische Forderungen gibt, beide Sprachformen als jeweils eigenes Zusatzangebot zur Alltagssprache zu etablieren.<sup>16</sup>

Immer mehr Menschen, Organisationen und auch Hochschulen interessieren sich für das Thema Leichte Sprache. Das ist einerseits eine erfreuliche Entwicklung, andererseits besteht die Gefahr, dass der Begriff Leichte Sprache verwässert wird oder dass durch die Einvernahme insbesondere durch die Sprachwissenschaft und verwandte Fächer Forderungen der selbstbetroffenen Menschen weniger Gehör finden.<sup>17</sup> Das bedeutet in der Schlussfolgerung, dass Dokumente in Leichter Sprache stets von Menschen mit Lernschwierigkeiten geprüft werden müssen, die idealerweise zugleich qualifizierte Prüferinnen und Prüfer sind. So startete im Herbst 2011 die Pilotschulung „Leichte Sprache“, bei der Menschen mit Lernschwierigkeiten zu qualifizierten Prüfern ausgebildet wurden. Es ist zu wünschen, dass sich daraus offizielle Arbeitsstellen entwickeln. Sinnvoll erscheint auch die Verwendung eines einheitlichen und offiziellen Gütesiegels für Leichte Sprache. Die aktuell verwendeten Gütesiegel basieren auf verschiedenen Regeln unterschiedlicher Organisationen.

<sup>15</sup> Vgl. BRK-Allianz (Hrsg.), Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit, Inklusion!, Berlin 2013.

<sup>16</sup> Vgl. BT-Drs. 17/12724 vom 13.3.2013, 17/11644 vom 27.11.2012 und 17/11171 vom 24.10.2012.

<sup>17</sup> Vgl. Lars Bruhn/Jürgen Homann, Behinderung ohne Behinderte!?, in: Behindertenpädagogik, (2009) 3, S 229–249.

# Leichte Sprache, komplexe Wirklichkeit

Die Idee, dass gesellschaftliche Teilhabe mit sprachlicher Komplexität zusammenhängt, ist nicht neu. „Ohne eine demokratische, eine allge-

**Anatol Stefanowitsch** mein verständliche, einfache, klare Sprache, ohne einen ächten Volksstil ist keine Volksherrschaft möglich; aber auch umgekehrt ist mit einer klaren, einfachen, aller Welt zugänglichen Schriftsprache auf die

Dr. phil. (Rice), geb. 1970; Professor für die Struktur des heutigen Englisch an der Freien Universität Berlin; Autor des Blogs „Sprachlog“, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin. a.stefanowitsch@sprachlog.de

Dauer kein Absolutismus, keine Aristokratie mehr haltbar“, schrieb der Publizist und Politiker Jacob Venedey schon 1850.<sup>1</sup> Durch ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit einer inklusiven Gesellschaft hat die Frage nach einer sprachlichen Teilhabe möglichst all ihrer Mitglieder in den vergangenen Jahren aber eine neue Dringlichkeit erhalten. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der Zugang zu Informationen und zu Kommunikation ein allgemeines Recht ist, das auch Menschen mit kognitiven oder sensorischen Einschränkungen zusteht.<sup>2</sup> Ebenfalls unstrittig ist, dass gerade diese Menschen (aber vielleicht nicht nur sie) nur schwer Zugang zu gehobenen standardsprachlichen Registern finden, vor allem in ihrer schriftlichen Form. Mit „Registern“ meine ich im Folgenden Sprachvarietäten, die durch eine situationsbedingte Auswahl sprachlicher Strukturen charakterisiert sind. Diese unterscheiden sich entlang von Parametern wie einfach/komplex, informell/formell und familiär/öffentlich.

Die Sprachwissenschaft, von der man für dieses Dilemma vielleicht Lösungsansätze erwarten könnte, tut sich grundsätzlich schwer, sprachplanerische Hilfestellungen für gesellschaftliche Probleme anzubieten. So

haben es hier (wie auch in anderen Bereichen) Aktivistinnen und Aktivisten übernommen, Vorschläge für eine einfache, möglichst weiterhin verständliche Sprache zu entwickeln. Es ist höchste Zeit, diese Vorschläge aus sprachwissenschaftlicher Perspektive zu beleuchten, um eine Grundlage für konstruktive Kritik zu schaffen. Im vorliegenden Beitrag will ich einen ersten Schritt dahin versuchen, indem ich die sogenannte Leichte Sprache in die wissenschaftliche Diskussion um sprachliche Komplexität und ihre kognitiven und sozialen Konsequenzen einordne.

## Leichte Sprache

Zielgruppen. Die Vorschläge für Leichte Sprache richten sich an eine sehr heterogene Zielgruppe: Menschen mit Lernbehinderungen und anderen kognitiven Einschränkungen, Menschen mit Leseschwierigkeiten unterschiedlicher Art, nichtdeutsche Muttersprachige, Menschen mit Altersdemenz oder sogar ältere Menschen insgesamt.<sup>3</sup> Auch Jugendliche werden manchmal als Zielgruppe genannt oder sogar die Sprachgemeinschaft generell, etwa wenn es um Schwierigkeiten beim Verständnis von Gebrauchstexten geht.<sup>4</sup> Berührungspunkte bestehen hier zu anderen Initiativen für Einfache Sprache, wie etwa der Forschungsstelle „Verständliche Sprache“ an der Ruhr-Universität Bochum,<sup>5</sup> deren Ziel eine einfache(re) Verwaltungssprache ist, oder den Autorinnen und Autoren der Studie „Sprichst du Politik?“, die von der Politik eine „einfache, verständliche Sprache“ fordern, um insbesondere junge Menschen besser anzusprechen.<sup>6</sup>

Es ist fraglich, ob es für eine derart heterogene Zielgruppe eine einheitliche Lösung geben

<sup>1</sup> Jacob Venedey, Machiavelli, Montesquieu, Rousseau. Erster Theil: Machiavelli und Montesquieu, Berlin 1850, S. 463.

<sup>2</sup> Vgl. Artikel 9 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, 21.12.2008, [www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar61106-dbgbl.pdf](http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar61106-dbgbl.pdf) (22.1.2014).

<sup>3</sup> Vgl. Netzwerk Leichte Sprache (Hrsg.), Die Regeln für Leichte Sprache, Kassel 2013; Lebenshilfe Bremen (Hrsg.), Für wen ist leichte Sprache?, Bremen 2013.

<sup>4</sup> Vgl. Lebenshilfe Bremen (Anm. 3).

<sup>5</sup> Vgl. die Webseite der Forschungsstelle: [www.moderne-verwaltungssprache.de](http://www.moderne-verwaltungssprache.de) (22.1.2014).

<sup>6</sup> Vgl. Nina Arnold et al., Sprichst du Politik?, Berlin 2011. Vgl. hierzu auch den Artikel von Bettina Fackelmann in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

kann oder sollte. Zu unterscheiden wären hier mindestens Gruppen, an deren Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache in ihrer vollen Komplexität sich nichts oder nur wenig ändern lässt (also Menschen mit kognitiven Einschränkungen, Lese- und Lernschwächen), und diejenigen, deren Schwierigkeiten aus einem nicht abgeschlossenen Erwerb des Deutschen entstehen (also nichtdeutsche Muttersprachige einschließlich Gebärdender). Bei Ersteren kann ein besseres Sprachverständnis nur durch eine entsprechende Anpassung der sprachlichen Komplexität einschließlich orthografischer und typografischer Hilfestellungen erreicht werden, bei Letzteren ist eine solche Anpassung eher als Übergangslösung zu verstehen, bis der Spracherwerb abgeschlossen ist.

Dies gilt erst recht dort, wo jugendliche oder auch erwachsene Mitglieder der Sprachgemeinschaft bestimmte Register – beispielsweise die der Politik, Wirtschaft oder Verwaltung – nicht (oder nicht ausreichend) beherrschen. Hier wäre zunächst zu klären, inwieweit die Gesellschaft von ihren Mitgliedern erwarten kann, diese Register und Textsorten zu beherrschen. Denn eine Vereinfachung sprachlicher Strukturen ist in Bezug auf die kommunizierten Inhalte nicht kostenneutral und sollte deshalb nicht automatisch als optimale Lösung betrachtet werden.

**Regeln Leichter Sprache.** Betrachten wir zunächst die Regeln der Leichten Sprache.<sup>17</sup> Diese Regeln lassen sich in drei Bereiche gliedern: erstens, typografische Empfehlungen (etwa gerade Schriftarten zu verwenden oder Texte und Überschriften linksbündig zu halten); zweitens, orthografische Empfehlungen (etwa Zahlen immer als Ziffern zu schreiben, die Bestandteile von zusammengesetzten Wörtern durch Bindestriche abzusetzen und Punkte auch vor Teilsätzen und Phrasen zu setzen, die durch Konjunktionen eingeleitet werden); drittens, sprachstrukturelle Empfehlungen bezüglich Vokabular und Grammatik. Aus sprachwissenschaftlicher Sicht ist zu den grundsätzlich plausiblen typografischen und orthografischen Empfehlungen wenig zu sagen. Ich werde mich deshalb im Folgenden auf die sprachstrukturellen Empfehlungen konzentrieren.

<sup>17</sup> Bei der folgenden Darstellung beziehe ich mich auf die Vorschläge des Netzwerks Leichte Sprache (Anm. 3).

Auf der Wortebene sieht die Leichte Sprache Kürze (*Bus* statt *Omnibus*), Umgangssprachlichkeit (*erlauben* statt *genehmigen*) und das Vermeiden von Fremdwörtern (*Arbeits-Gruppe* statt *Workshop*) vor. Außerdem sollen genaue Zahlenangaben durch ungefähre Angaben (wie *lang, viele, einige* und *wenige*) ersetzt werden. Auf grammatischer Ebene sollen Negation, Passivsätze und der Genitiv völlig vermieden werden, Konjunktive und Modalverben (wie *hätte, könnte, müsste, sollte, wäre* und *würde*) sollen durch Wörter wie *vielleicht* ersetzt werden, und statt Nominalisierungen (wie *Wahl*) sollen Verben (wie *wählen*) verwendet werden.

Interessanterweise ordnet sich die Leichte Sprache mit diesen Empfehlungen in eine Reihe anderer sprachkritischer Traditionen ein – ein weitgehend ähnliches Inventar abzulehnender Wörter und Strukturen findet sich in herkömmlichen Stilfibel,<sup>18</sup> aber auch in der Kritischen Diskursanalyse, wo sie als intransparent und potenziell manipulativ kritisiert werden.<sup>19</sup>

## Sprachliche Komplexität und Gesellschaft

In keiner dieser Traditionen wird normalerweise die Frage gestellt, woher die sprachliche Komplexität, die vermieden werden soll, eigentlich kommt. Diese Frage ist aber von entscheidender Bedeutung für die Erarbeitung und Bewertung sprachlicher Empfehlungen.

Die Erweiterung des Vokabulars und der Grammatik einer Sprache geschieht im Zuge ihres Ausbaus zu einer Standardsprache. Sie reflektiert in zweifacher Hinsicht die umfassenderen kommunikativen Funktionen, die eine solche Standardsprache im Vergleich zu (sozialen und/oder regionalen) umgangssprachlichen Varietäten erfüllen muss.

Zum einen müssen Standardsprachen die mündliche und vor allem schriftliche Kommunikation zwischen Menschen ermöglichen,

<sup>18</sup> Vgl. etwa: Ludwig Reiners, *Stilfibel*. Der sichere Weg zum guten Deutsch, München 1951.

<sup>19</sup> Vgl. etwa: Teun A. Van Dijk, *Critical Discourse Analysis*, in: Deborah Schiffrin/Deborah Tannen/Heidi E. Hamilton (Hrsg.), *The Handbook of Discourse Analysis*, London 2005, S. 349–371.

die wenige gemeinsame Alltagserfahrungen teilen – am deutlichsten wird dies bei schriftlichen Erscheinungsformen der Standardsprache (manchmal „Schriftsprache“ genannt), bei der die Schreiberinnen und Schreiber oft nicht wissen, wer einen Text lesen wird. Standardsprachen müssen also eindeutiger sein, da ihre Sprecherinnen und Sprecher nicht darauf setzen können, dass sich Mehrdeutigkeit durch das Wissen über Personen oder Kommunikationssituationen aufklären lässt.

Zum anderen muss eine Standardsprache die mündliche und schriftliche Kommunikation über komplexe Wissensbereiche ermöglichen (etwa politische und wirtschaftliche Abläufe, gesellschaftliche Pflichten, Rechte und Rechtsverletzungen, wissenschaftliche Erklärungen). Sie bildet deshalb sowohl fachsprachliche Varietäten aus (die vor allem der Kommunikation zwischen Expertinnen und Experten bestimmter Fachgebiete dienen) als auch fachnahe Varietäten zur breiteren gesellschaftlichen Verständigung über diese Fachgebiete. Die Gesamtheit solcher fachnahen Varietäten entspricht dem, was die Erziehungswissenschaftlerin Ingrid Gogolin mit Jürgen Habermas als „Bildungssprache“ bezeichnet, also die für schulische und andere institutionalisierte Bildungszusammenhänge charakteristischen Register, die benötigt werden, um „kognitiv anspruchsvolle Lernangebote und Aufgabenstellungen (...) zu bewältigen“ und „sich mit den Mitteln der Schulbildung ein Orientierungswissen verschaffen“ zu können.<sup>10</sup>

Dem Anthropologen John Lucy folgend können wir die Standardsprache als intellektualisiertes Register bezeichnen.<sup>11</sup> Sie dient zur Formulierung komplexer Gedanken und muss deshalb genauer, eindeutiger und abstrakter sein als die Umgangssprache. Das erfordert nicht nur ein größeres, sondern auch ein qualitativ anderes Vokabular, etwa für abstrakte Beziehungen (wie Existenz, Möglichkeit, Notwendigkeit, Kausalität, Parallelität).<sup>12</sup> Es erforder

außerdem komplexere grammatische Konstruktionen, etwa im Bereich der Negation und der Quantifizierung, aber auch der Perspektivierung und Verdichtung durch beispielsweise Passivstrukturen oder Nominalisierungen.

Die Diskussion um die sozialen und kognitiven Konsequenzen sprachlicher Komplexität (beziehungsweise ihres Fehlens) sind entscheidend von den Ideen des Soziologen Basil Bernstein geprägt. Bernstein ging von der Existenz zweier Klassen sprachlicher Register aus, die er „restringierter“ und „elaborierter Code“ nannte.<sup>13</sup> Sie entstehen seiner Ansicht nach dadurch, dass die Möglichkeiten des Sprachsystems durch die sozialen Zusammenhänge des Sprachgebrauchs auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße ausgeschöpft werden. Der „restringierte Code“ entsteht in Zusammenhängen, in denen Sprecherinnen und Sprecher sich gut kennen, auf ein gemeinsames Hintergrundwissen zurückgreifen können und eher beschreibend über ihre gemeinsame soziale Umwelt sprechen. Eine solche Varietät ist durch ein kleines Vokabular und eine relativ kleine Auswahl grammatischer Alternativen charakterisiert; wo diese nicht ausreichen, verlassen sie sich auf nichtverbale Signale. Der „elaborierte Code“ dagegen hat ein umfangreiches Vokabular und eine große Auswahl grammatischer Strukturen und bietet so die Möglichkeit zu einer abstrakten und individuellen, nicht auf gemeinsames Hintergrundwissen gestützten Kommunikation.<sup>14</sup>

Schon für diese Unterscheidung ist Bernstein stark kritisiert worden. Mit etwas Abstand lässt sich aber feststellen, dass er im Prinzip nur die Unterscheidung zwischen umgangssprachlichen Registern und ausgebauten standardsprachlichen Registern nachempfunden. Der Begriff „restringiert“ ist sicher unglücklich gewählt, um damit den normalen, alltäglichen Sprachgebrauch zu charakterisieren, aber Bernstein stellt klar, dass er den „restringierten Code“ nicht als grundsätzlich defizitär betrachtet. Es ist die Varietät, die alle Mitglieder der Sprachgemeinschaft im alltäglichen Leben verwenden. Problematisch wird sie erst, wenn es um abstrakte, komplexe Zusammenhänge geht.

<sup>10</sup> Ingrid Gogolin, *Bildungssprache*, in: Hans Barakowski/Hans-Jürgen Krumm (Hrsg.), *Fachlexikon Deutsch als Fremd- und Zweitsprache*, Tübingen-Basel 2010, S. 29.

<sup>11</sup> Vgl. John Lucy, *The scope of linguistic relativity: An analysis and review of empirical research*, in: John Gumperz/Stephen Levinson (Hrsg.), *Rethinking Linguistic Relativity*, Cambridge 1996, S. 37–69.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 60f.

<sup>13</sup> Vgl. Basil Bernstein, *Elaborated and restricted codes: Their social origins and some consequences*, in: John Gumperz/Dell Hymes (Hrsg.), *The Ethnography of Communication*, Arlington 1964, S. 55–69.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 57–64.

## Elaborierter und restringierter Code

Wir verwenden Sprache in verschiedenen Situationen und zu verschiedenen Zwecken – von der zwanglosen Plauderei im Treppenhaus, der hauptsächlich der guten Nachbarschaft dient, bis zum fachsprachlichen Austausch über neueste wissenschaftliche Erkenntnisse oder komplexe politische Entscheidungen. Dass Vokabular und grammatische Strukturen sich in ihrer Komplexität Situation und Zweck anpassen, scheint so offensichtlich, dass Basil Bernsteins kontroverse Hypothese vom „restringierten“ und „elaborierten“ Code zu nächst fast trivial erscheint.

Bernstein formuliert zunächst nur das Offensichtliche: Die Sprache, die wir in familiären, informellen Situationen verwenden, ist durch ein vergleichsweise eingeschränktes Vokabular und eine eingeschränkte Auswahl grammatischer Strukturen gekennzeichnet. Sie kann sich diese Einschränkungen (wegen derer sie als „restringiert“ bezeichnet wird) leisten, weil sie hauptsächlich dazu dient, beschreibend über alltägliche, allen Beteiligten vertraute Dinge zu sprechen. In Situationen, in denen eher analytisch über abstrakte und aus dem alltäglichen Umgang nicht vertraute Dinge gesprochen wird, kommt dagegen eine Sprache zum Einsatz, deren Wortschatz und Grammatik stark ausdifferenziert („elaboriert“) sind.

Dass diese Idee bis heute kontrovers diskutiert wird, hat zwei Gründe. Erstens verknüpfte Bernstein sie mit der Idee schichtenspezifischer Sprachgemeinschaften: Er nahm an, dass Angehörige der „Working Class“ (also „bildungsfernen“ Schichten) in ihrem sprachlichen Repertoire auf einen restringierten Code beschränkt sind und nicht lernen, den elaborierten Code zu beherrschen. Zweitens verknüpfte er die sprachliche Ebene mit dem Denken: Er nahm an, dass ein restringierter Code abstraktes Denken erschwert oder sogar unmöglich macht.

Die Kritik an Bernstein richtet sich zum einen auf eine (von ihm nie beabsichtigte) Festschreibung gesellschaftlicher Bewertungen von Sprache. Sprache dient ja nicht nur der Kommunikation, sondern auch der Identifikation, und wer die prestigeträchtigen Varietäten einer Sprache nicht beherrscht, dem bleibt allein deshalb (also auch ohne kommunikative oder gar kognitive Konsequenzen) der Zugang zu vielen gesellschaftlichen Bereichen versperrt. Bernsteins Äußerungen zum „elaborierten“ Code wurden häufig als Rechtfertigung dieser Praxis in dem Sinne interpretiert, dass der „elaborierte“ Code objektiv „besser“ sei.

Zum anderen richtet sich die Kritik gegen die Idee eines restringierten Codes an sich. Man wies darauf hin, dass bildungsferne Schichten zu sehr komplexem Diskursverhalten in der Lage seien; am bekanntesten sind hier wohl die Studien des Soziolinguisten William Labov, der die sprachlichen Rituale von New Yorker Gangs untersuchte und zeigen konnte, dass diese äußerst subtilen Regeln folgen. Ob er damit tatsächlich Bernsteins Ideen widerlegt, ist aber fraglich: Erstens dienen diese sprachlichen Rituale vorrangig der Aushandlung sozialer Beziehungen innerhalb der Gang, sind also trotz ihrer Komplexität auf konkrete Aspekte des unmittelbaren Umfelds ausgerichtet; zweitens sagt ihre soziale Komplexität nichts über die Komplexität des Wortschatzes und der Grammatik aus.

Neuere Forschungen der Psycholinguistin Ewa Dabrowska deuten auf einen tatsächlichen Zusammenhang zwischen sprachlicher Komplexität und Bildung hin: Sie konnte in einer Reihe von Experimenten zeigen, dass die korrekte Interpretation komplexer grammatischer Strukturen (etwa des Passivs) vom Grad der formalen Bildung und der damit einhergehenden Erfahrung mit komplexer Sprache (dem, was die Bildungsforscherin Ingrid Gogolin mit einem Begriff von Jürgen Habermas als „Bildungssprache“ bezeichnet) abhängt.

Da in der Zwischenzeit außerdem eine solide Forschungslage geschaffen wurde, die zeigt, dass sprachliche Strukturen einen Einfluss auf unsere Denkprozesse haben können, stellt sich mit Dabrowskas Forschungsergebnissen auch erneut die Frage nach einem Zusammenhang zwischen sprachlicher und gedanklicher Komplexität. Hier liegen bislang keine neueren Forschungsergebnisse vor. Es ist zu hoffen, dass sich das bald ändert, denn gäbe es einen solchen Zusammenhang, würde sich daraus ein dringender und emanzipatorischer sprachlicher Bildungsauftrag ergeben.

Bernstein ging nun davon aus, dass bestimmte soziale Gruppen – im Prinzip die, die heute als „bildungsfern“ bezeichnet werden – auf die umgangssprachliche Varietät ihrer Sprache beschränkt sind und die standardsprachlichen Register nicht erwerben. Das hat seiner Meinung nach Auswirkungen auf Denkprozesse, die ich gleich näher diskutieren werde.

Zunächst stellt sich noch die Frage, inwieweit Bernstein recht mit der Annahme hatte, dass die Mitglieder einer Sprachgemeinschaft sich bezüglich ihrer standardsprachlichen Kompetenz unterscheiden. Diese Idee galt in der Linguistik lange Zeit als tabu; es galt die Grundannahme, dass (solange keine kognitiven oder sensorischen Einschränkungen vorliegen) alle Menschen ihre Muttersprache in gleicher Weise und in gleichem Maße erwerben. Diese Annahme hat sich in der Forschung vielfach bestätigt, wo es um die allgemeine Umgangssprache geht. Dort, wo es um standard- oder gar bildungssprachliche Register geht, scheint sie im Rückblick aber schon *a priori* wenig plausibel, da nicht alle Mitglieder einer Sprachgemeinschaft die gleiche Erfahrung mit diesen Registern haben.

Neuere Forschungsarbeiten der Psycholinguistin Ewa Dabrowska bestätigen aber auch empirisch, dass nicht alle Mitglieder einer Sprachgemeinschaft dasselbe zugrunde liegende Sprachsystem erwerben, sondern dass es klare Unterschiede im Verständnis einer Reihe von grammatischen Strukturen gibt (darunter bestimmte Typen komplexer Sätze und Passivstrukturen).<sup>15</sup> Entscheidend ist dabei, dass diese Unterschiede mit dem allgemeinen Bildungsgrad der Sprecher zusammenhängen, was Bernsteins Idee eines „restringierten“ Codes für alle und eines „elaborierten“ Codes für bildungsnähere Schichten im Kern bestätigt. Zurückzuführen sind diese Unterschiede wahrscheinlich auf die umfassendere schriftsprachliche Erfahrung gebildeter Sprecher, möglicherweise aber auch auf eine insgesamt umfassendere sprachliche Erfahrung (gebildete Sprecher verwenden Sprache insgesamt mehr und gebildete Eltern sprechen mehr mit ihren Kindern).<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Ewa Dabrowska, *Different speakers, different grammars: Individual differences in native language attainment*, in: *Linguistic Approaches to Bilingualism*, 2 (2012), S. 219–253.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 242f.

Nun zeigt ein Vergleich von Bernsteins (durch Dabrowska im Kern bestätigten) Ideen zur Struktur des „restringierten Codes“ eine große Übereinstimmung mit den strukturellen Aspekten der Leichten Sprache: ein eingeschränktes Vokabular (insbesondere ein Fehlen von Fach- und Fremdwörtern) und eine eingeschränkte Grammatik (etwa ein Verzicht auf Passivstrukturen, auf Nominalisierungen und auf Negation). In struktureller Hinsicht kann man die Leichte Sprache also als künstlich restringierte Sprachvarietät bezeichnen. Damit stellt sich die Frage, ob ihre strukturellen Einschränkungen Auswirkungen auf ihre Fähigkeit zur Repräsentation einer komplexen Wirklichkeit haben.

Bernstein bezieht seine Überlegungen ausdrücklich auf die Idee einer sprachlichen Relativität, also der Idee, dass die Strukturen einer Sprache Auswirkungen auf das Denken ihrer Sprecher haben. Er geht davon aus, dass das Register, das wir verwenden, Auswirkungen darauf hat, welche sozialen, intellektuellen und emotionalen Ereignisse uns wichtig erscheinen und welche Beziehungen wir zwischen Dingen, Personen und Ereignissen herstellen können.<sup>17</sup> Während Sprecherinnen und Sprecher, denen elaborierte sprachliche Varietäten zur Verfügung stehen, ihr Erleben in komplexe konzeptuelle Hierarchien gliedern können, sind diejenigen, die auf nicht-elaborierte Varietäten eingeschränkt sind, seiner Ansicht nach auf konkrete und allgemeingültige Beschreibungen auf niedrigen Konzeptionsebenen beschränkt.

Für Bernsteins radikale Aussagen gab (und gibt) es keine empirischen Belege. Sie widersprechen außerdem dem sprachuniversalistischen Geist seiner Zeit und galten lange Zeit keiner näheren Untersuchung würdig. Inzwischen gibt es aber eine substanzielle Forschungslage, die für eine ganze Reihe grammatischer Phänomene einen Effekt sprachlicher Strukturen auf Denkprozesse zeigt.<sup>18</sup> In der Grammatik

<sup>17</sup> Vgl. B. Bernstein (Anm. 13), S. 58, S. 65f.

<sup>18</sup> Vgl. für einen umfassenden aktuellen Überblick, auf den sich auch meine Darstellung stützt: Peggy Li/David Barner, *Linguistic Relativity*, Oxford Bibliographies Online: Linguistics, Oxford 2011.

## Sprache und Denken

Die Idee, dass unsere Muttersprache mit den jeweiligen Eigenheiten ihres Wortschatzes und ihrer Grammatik einen Einfluss auf unsere Gedanken haben könnte, findet sich schon früh in der sprachwissenschaftlichen Literatur, besonders prominent bei dem deutschen Sprachwissenschaftler Wilhelm von Humboldt und dem US-amerikanischen Anthropologen Benjamin Lee Whorf. Sie wurde aber von den vorrangig universalistischen, das Gemeinsame am menschlichen Denken betonenden Geisteswissenschaften lange Zeit einhellig abgelehnt. Empirisch überprüfbar war sie, mangels entsprechend entwickelter Methoden, ohnehin nicht. Mit dem Aufkommen der modernen experimentellen Psychologie und der Übernahme ihrer Methoden durch die Linguistik und die linguistische Anthropologie änderte sich dies aber. Spätestens seit den 1990er Jahren häufen sich die Belege dafür, dass bei aller Gemeinsamkeit menschlicher Denkprozesse unsere Muttersprache uns bestimmte Denk- und Wahrnehmungsweisen leichter macht (und damit näher legt) als andere.

Die Beweislage ist dort am deutlichsten, wo Sprache sich systematisch verhält, also weniger im Wortschatz als in der Grammatik. Obwohl Sprachen beispielsweise in ihrem Farb-vokabular stark voneinander abweichen, deutet die eher durchmischte Forschungslage darauf hin, dass unsere Farbwahrnehmung unabhängig von den Wörtern ist, mit denen wir über Farben reden. Schon anders sieht es aber bei den Wörtern aus, mit denen wir über Richtungen reden – manche Sprachen verwenden hier grundsätzlich relativ zu Sprecherinnen und Sprechern interpretierte Wörter wie *rechts* und *links*, andere verlassen sich auch in kleinräumigen Situationen auf absolut interpretierte Wörter wie *Nord* und *Süd*. Experimente, in denen Versuchspersonen räumliche Aufgaben lösen müssen, im Zuge derer sie sich um 180 Grad drehen, zeigen, dass sie – je nach Muttersprache – diese Rotation in ihre Denkprozesse mit einbeziehen oder eben nicht. Auch die Größe unseres Zahlenvokabulars scheint einen Einfluss auf unseren Umgang mit Mengen zu haben – Versuchspersonen, deren Muttersprache keine (oder nur sehr wenige) Zahlwörter enthält, tun sich in Experimenten schwerer mit dem genauen Abschätzen oder dem Vergleich von Mengen als solche, deren Sprache ihnen ein großes, systematisches Zahlenvokabular bietet.

Bei grammatischen Strukturen (die in unserer Kommunikation ja immer viel großflächiger zur Anwendung kommen als der situations- und themenabhängige Wortschatz) ist die Beweislage noch klarer. So wird etwa im Englischen (wie auch im Deutschen) die Umwelt sprachlich in Einheiten mit bestimmter Form und Funktion zerlegt, die durch zählbare Substantive bezeichnet werden – die Kerze, der Löffel usw. Seltener ist der Fall, bei dem ein Material direkt benannt und erst durch ein zusätzliches Wort zählbar gemacht wird – etwa *Wachs* (*ein Klumpen Wachs*, *ein Stück Wachs*, aber nicht „ein Wachs“) oder *Papier* (*ein Blatt Papier*, *ein Stapel Papier*, aber nicht „ein Papier“). In anderen Sprachen (etwa dem yukatekischen Maya oder dem Japanischen) ist das anders – dort besteht der Wortschatz vorrangig aus Materialwörtern, die durch „Klassifikatoren“ erst zählbar gemacht werden („Kerze“ wäre dort in etwa *eine Stange Wachs*). In Experimenten, in denen es um das Kategorisieren oder Sortieren von Stimuli geht, zeigt sich, dass Sprecherinnen und Sprecher solcher „materialbezogenen“ Sprachen stärker auf Materialien achten, Sprecherinnen und Sprecher von „form- bzw. funktionsbezogenen“ Sprachen dagegen stärker auf gemeinsame Formen und Funktionen.

Weitere Bereiche der Grammatik, für die sich in Experimenten mehr oder weniger starke Effekte sprachlicher Strukturen auf Denk- und Handlungspräferenzen zeigen lassen, sind beispielsweise Genus (das grammatische Geschlecht eines Wortes kann Auswirkungen auf die Wahrnehmung der bezeichneten Gegenstände haben) und Tempus (Sprecherinnen und Sprecher von Sprachen ohne grammatisches System zur Zeitkodierung tun sich beim Umgang mit Zeitabläufen schwerer).

Die Erforschung des Einflusses sprachlicher Strukturen auf unser Denken (und Handeln) steht noch am Anfang, und viele grammatische Bereiche sind schlicht noch nicht untersucht. Dass es einen solchen Einfluss grundsätzlich gibt, kann aber inzwischen als gesichert gelten.



gilt dies für Kategorien wie Numerus und grammatisches Geschlecht, möglicherweise auch für Tempus, Aspekt, den Konjunktiv und andere Kategorien. Im Bereich des Wortschatzes ist die Forschungslage weniger eindeutig, sprachrelativistische Effekte lassen sich aber auch hier zumindest bei grammatisch relevanten Wortarten wie Präpositionen und bei Art und Umfang der in einer Sprache vorhandenen Zahlwörter zeigen. So ist es beispielsweise für Sprecher von Sprachen ohne exakte Zahlwörter schwer bis unmöglich, exakte Mengen mental zu repräsentieren oder in Denkprozesse einzubinden.

Die inzwischen recht eindeutige Forschungslage zu Relativitätseffekten zwischen Sprachen hat der Annahme neue Glaubwürdigkeit verliehen, dass es solche Effekte auch zwischen unterschiedlichen Varietäten einer Sprache geben könnte. John Lucy, eine der zentralen Autoritäten auf dem Gebiet der sprachlichen Relativität, teilt zwar Bernsteins Annahmen nicht im Detail, hält einen von ihm „funktionale Relativität“ genannten Einfluss von Registern unterschiedlicher Komplexität auf Denkprozesse aber für wahrscheinlich.<sup>19</sup>

Selbst wenn sich ein direkter Zusammenhang zwischen sprachlicher Ausdifferenzierung und der Abstraktheit und Komplexität von Denkprozessen nicht bestätigen ließe, gibt es aber mindestens drei Bezugspunkte zwischen Sprache und Denken, welche die bewusste Einschränkung sprachlicher Komplexität problematisch erscheinen lassen.

Erstens gibt es Bedeutungsunterschiede zwischen den zu vermeidenden Strukturen und denen, durch die sie ersetzt werden. Fachbegriffe werden ja genau deshalb geprägt und Fremdwörter deshalb entlehnt, weil ein Konzept benannt werden muss, für das es keine allgemeinsprachliche Bezeichnung gibt. Auch negierte Sätze bedeuten nicht unbedingt dasselbe wie eine positive Umformulierung (*Peter ist nicht gesund* ist nicht dasselbe wie *Peter ist krank*). Und Passivstrukturen kommen unter anderem dort zum Einsatz, wo allgemeine Tatsachen berichtet werden sollen und ein aktiver Satz spezifische Handelnde benennen müsste (*Morgen wird gewählt* bedeutet

etwa nicht notwendigerweise, dass eine bestimmte Person oder Gruppe wählt, die man in einem Aktivsatz zum Subjekt machen könnte).

Zweitens, und als häufiger Sonderfall des ersten Punktes, ist die Detailtreue einer vereinfachten Formulierung fast notwendigerweise geringer als die der komplexeren. Am deutlichsten ist das vielleicht im Falle von Zahlen, die durch allgemeine Mengenangaben ersetzt werden. Hier gehen wichtige Informationen verloren, denn Wörter wie *wenig* oder *viel* können für unterschiedliche Sprecher unterschiedliche Größenordnungen nahelegen. Einfachheit und allgemeine Verständlichkeit stehen im Normalfall im Widerspruch zu Genauigkeit und Vollständigkeit, sodass immer nur eine Seite auf Kosten der anderen optimiert werden kann.

Drittens geht mit dem Erwerb komplexerer sprachlicher Strukturen auch die Herausbildung eines metasprachlichen Bewusstseins einher,<sup>20</sup> in diesem Fall also ein Bewusstsein für die Tatsache, dass unterschiedliche Ausdrucksformen unterschiedliche Bedeutungen haben und dass sich durch ein gezieltes Ausschöpfen von Ausdrucksmöglichkeiten eine größere Genauigkeit erzielen lässt. Unter anderem ermöglicht das die Erkenntnis, dass bestimmte sprachliche Erscheinungsformen für bestimmte Zusammenhänge mehr oder weniger angemessen sind, was dabei helfen kann, die sozialen Ausschlüsse, die durch die kulturelle Belegung von Standardsprache als etwas grundsätzlich Wünschenswertem entstehen, zu minimieren.

## Schlussbemerkungen

Da gesellschaftliche Prozesse fast ausschließlich über Sprache konstituiert und aufrechterhalten werden, setzt eine gesellschaftliche Teilhabe zwingend eine sprachliche Teilhabe voraus. Sobald wir den Bereich der unmittelbaren zwischenmenschlichen Kommunikation verlassen, kommen dabei Erscheinungsformen von Sprache zum Tragen, die in ihrem Vokabular, ihren grammatischen Strukturen und ihren Textkonventionen von erheblicher Abstraktion und Komplexität sind.

<sup>19</sup> Vgl. J. Lucy (Anm. 11), S. 52ff.

<sup>20</sup> Vgl. B. Bernstein (Anm. 13), S. 64.

Dass diese Register Ausschlüsse produzieren, indem sie die sprachliche Teilhabe bestimmter Gruppen von Sprechern erschweren oder unmöglich machen, ist eine offenkundige Tatsache. Die Frage, wie wir mit dieser Tatsache umgehen sollten, erfordert aber eine sehr differenzierte Antwort. Dort, wo Menschen mit Behinderungen betroffen sind, ist die Sprachgemeinschaft insgesamt in der Pflicht, sprachliche Register zu (er)finden und zu verwenden, die ihnen einen Zugang zu Informationen und eine Teilhabe an Kommunikation ermöglichen.

Tatsächlich gestalten wir unsere sprachlichen Äußerungen im Alltag automatisch auf der Grundlage unserer Annahmen über Vorkenntnisse und sprachliche Fähigkeiten der Zuhörenden.<sup>1</sup> Ein Extremfall ist etwa das Register, das Eltern und andere Bezugspersonen gegenüber Babys verwenden (manchmal „Motherese“ genannt). Aber der „partnerbezogene Zuschnitt“ von Äußerungen ist ein unbewusster Bestandteil jeder Kommunikation. Ein angemessener sprachlicher Umgang mit Menschen, die wegen kognitiver oder sensorischer Einschränkungen besondere Schwierigkeiten mit (bestimmten Registern von) Sprache haben, wäre nur eine konsequente Fortführung – allerdings eine, die für viele Mitglieder der Sprachgemeinschaft aufgrund fehlender Erfahrung nicht unbewusst und automatisch geschieht, sondern bewusst erlernt und eingesetzt werden muss.

Dabei muss uns bewusst sein, dass die Vermeidung komplexer sprachlicher Register oder gar eine gezielte Verkleinerung des Wortschatzes und strukturelle Vereinfachung grammatischer Strukturen nicht ohne Auswirkungen auf die kommunizierten Inhalte bleiben kann. Ein komplexes Vokabular und eine komplexe Grammatik sind kein Selbstzweck und kein verzierendes Beiwerk; sie dienen dazu, komplexe Sachverhalte möglichst präzise und unzweideutig zu beschreiben. Eine Vereinfachung der Sprache führt deshalb unweigerlich zu einer Vereinfachung der Inhalte, sodass beim Zuschnitt von Äußerungen

auf bestimmte Adressatenkreise immer eine Abwägung zwischen Verständlichkeit und Genauigkeit getroffen werden muss.

Dort, wo es nicht um Menschen mit kognitiven oder sensorischen Einschränkungen geht, kann die Lösung sprachlicher Schwierigkeiten deshalb nicht ohne Weiteres die Vermeidung oder drastische Vereinfachung komplexer Register sein. Sie ist stattdessen in einer besseren sprachlichen Bildung der Angesprochenen zu suchen. Im Falle von Deutschlernenden ist das im Prinzip selbstverständlich – der Fremdsprachenunterricht zielt immer auf die Vermittlung eines möglichst breiten Spektrums an Registern der Zielsprache ab (er wird sogar häufig dafür kritisiert, schrift- und bildungssprachlichen Registern zu viel Raum einzuräumen).

Auch im Falle von Jugendlichen, die mit Diskussionen über politische oder wirtschaftliche Zusammenhänge überfordert sind, oder Erwachsenen, die mit ihrer Steuererklärung Probleme haben, kann die Verantwortung für das Gelingen der Kommunikation nur bedingt auf der Seite derjenigen liegen, die sich in angemessener Weise komplexer sprachlicher Register bedienen. Auch hier ist eine sprachliche Bildung nötig, die den Umgang mit komplexer Sprache vermittelt. Dass eine solche gezielte sprachliche Bildung möglich und wirksam ist, zeigt Ewa Dabrowska: Versuchspersonen aus bildungsfernen Schichten konnten nach einer kurzen, aber gezielten grammatischen Einweisung ihr Verständnis komplexer Strukturen an das der bildungsnahen Versuchspersonen angleichen.<sup>2</sup>

Natürlich sollten wir alle uns immer bemühen, unnötige sprachliche Komplexität zu meiden und unsere Sprache so einfach wie möglich zu gestalten. Aber wir dürfen sie dabei nicht leichtfertig einfacher gestalten, als es die kommunizierten Inhalte erfordern. Wir leben in einer komplexen Welt, die komplexes Denken und Handeln erfordert. Die Ausdifferenzierung der Sprache in bildungs- und fachsprachliche Register ist kein Hindernis, sondern der Weg zu einem solchen Denken und Handeln.

<sup>1</sup> Vgl. den Überblick in: Doris Tophinke, Sprachliches Handeln, Kommunikantenrollen, Beziehungsaspekte, in: Martin Haspelmath et al. (Hrsg.), Sprachtypologie und sprachliche Universalien: Ein Internationales Handbuch, 1. Halbband, Berlin-New York 2001, S. 444–467.

<sup>2</sup> Vgl. E. Dabrowska (Anm. 15), S. 243.

# Leichte Sprache – Ein Schlüssel zu „Enthinderung“ und Inklusion

Die inklusive Gesellschaft ist ein fernes Ziel. Mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit

**Valentin Aichele** Dr. iur., geb. 1970; Leiter der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention.

Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK<sup>1</sup>) hat Deutschland einen Schub in die richtige Richtung erhalten: Menschen mit Behinderungen sollen ihre Menschenrechte gleichberechtigt ausüben und die volle und wirksame Teilhabe in der Gesellschaft genießen. In Leichter Sprache lassen sich die Ziele der Konvention wie folgt zusammenfassen:

Frauen, Männer und Kinder mit Behinderungen dürfen nicht schlechter behandelt werden.

Sie haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen.

Überall auf der Welt.

Menschen mit Behinderungen sollen ihre Rechte nutzen.

Deshalb sollen sie selbst über ihr Leben bestimmen.

Deshalb sollen sie überall dabei sein.

Deshalb sollen Menschen mit Behinderungen die Unterstützung und Hilfe bekommen, die sie brauchen.

Der Staat hat sich zu geeigneten Schritten verpflichtet, die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzuhalten, umzusetzen und den erforderlichen gesellschaftlichen Wandel zu organisieren. Auf dem Weg zur „enthinderten“<sup>2</sup> und inklusiven Gesellschaft sind zahlreiche Barrieren abzubauen und mehr Möglichkeiten für echte gesellschaftli-

che Teilhabe für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Bei der Enthinderung und Inklusion spielt auch Leichte Sprache eine wichtige Rolle. Zahlreiche Menschen, darunter auch Menschen mit Behinderungen, verstehen schwere Sprache<sup>3</sup> nicht – ihnen kann Leichte Sprache wie ein Schlüssel die Tür zum Verständnis öffnen.

Leichte Sprache bezeichnet eine verständliche Sprache, die bestimmte Anforderungen erfüllt.<sup>4</sup> Leichte Sprache gibt es in Wort und Schrift. Sie folgt bestimmten Regeln, nutzt einfache Worte und kurze Sätze. Bilder dienen als Unterstützung. Menschen mit Behinderungen prüfen diese Texte vor ihrer Veröffentlichung auf ihre Verständlichkeit. Leichte Sprache richtet sich nicht an eine gesellschaftlich abgrenzbare Gruppe, sondern an alle Menschen. Die Idee ist, die deutsche Sprache so zu verwenden, dass sie von allen besser verstanden wird. Texte in Leichter Sprache erfreuen sich allgemein wachsender Beliebtheit.

Für einige Personengruppen indes bietet Leichte Sprache entscheidende neue Möglichkeiten, um sich Zugänge zu gesellschaftlichen Bereichen zu verschaffen. Das gilt eben nicht nur für Menschen mit Behinderungen wie beispielsweise Menschen mit Lernschwierigkeiten, mit Lern- oder einer geistigen Behinderung, wie auch immer sie sich selbst bezeichnen mögen, sondern auch für Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen oder Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, ältere Menschen und Jugendliche. Auch manche gehörlose Menschen berichten von den großen Vorteilen, die Leichte Sprache für sie hat.

*Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.*

<sup>1</sup> Vgl. Valentin Aichele, Behinderung und Menschenrechte: Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in: APuZ, 23 (2010), S. 13–19.

<sup>2</sup> „Enthinderung“ beschreibt den Prozess, die umwelt- und einstellungsbedingten Faktoren, die Menschen mit Beeinträchtigungen in der Ausübung ihrer Rechte behindern, abzubauen und zu vermeiden.

<sup>3</sup> Mit „schwerer Sprache“ ist Sprache gemeint, die aufgrund ihrer Komplexität, langen Sätze, grafischen Darstellung und ihres Wortschatzes einigen Menschen Verständnisschwierigkeiten bereitet.

<sup>4</sup> Vgl. Netzwerk Leichte Sprache (Hrsg.), Die Regeln für Leichte Sprache, www.leichtesprache.de (11.2.2014).

Leichte Sprache hat mit der UN-BRK Rückenwind erfahren. Doch die Grundlagen, auf denen heute Leichte Sprache weiterentwickelt wird, liegen zeitlich vor der Konvention und wurden von Menschen mit Lernschwierigkeiten vor über zehn Jahren selbst angestoßen. Über die Jahre hinweg hatten sie für die Verwendung und Verbreitung von Leichter Sprache geworben und dabei auf ihre Bedeutung für Selbstbestimmung und Inklusion verwiesen. Sie haben Regelwerke entwickelt und damit die Standardisierung der verständlichen Sprache hin zur Leichten Sprache vorangebracht. Ein wichtiger Baustein ist außerdem das vom Netzwerk Mensch Zuerst herausgegebene „Neue Wörterbuch für Leichte Sprache“.<sup>15</sup> Begleitend hat sich, ohne dass eine bestimmte Art von Illustrationen für Leichte Sprache erforderlich wäre, in den vergangenen Jahren eine relativ einheitliche Bebilderung für Texte in Leichter Sprache durchgesetzt.<sup>16</sup>

Im Bundesgebiet haben sich im Anschluss an das erste „Büro für Leichte Sprache“ der Lebenshilfe Bremen weitere Dienstleister etabliert. Diese bilden heute das „Netzwerk Leichte Sprache“. Die Büros selbst sind auch Unternehmen, die Aufträge annehmen und schwere Texte in Leichte Sprache übertragen. Für diese Übertragung braucht es eine Spezialkompetenz, ähnlich der Übersetzungsleistung von einer Sprache in eine andere. Darüber hinaus bietet die „Versprachlichung der Welt“ in Leichte Sprache Menschen mit Behinderungen Arbeit und Einkommen, da sie im Übertragungsprozess eine zentrale Rolle spielen. Einige der Unternehmen führen auch Schulungen und Trainings durch.

## Schwere Sprache – eine Hürde im Alltag

Alle Menschen stoßen bei Sprache irgendwann an die Grenze von Verständnis und Verständigung. Es muss nicht gleich die Kritik der reinen Vernunft von Immanuel Kant oder eine wissenschaftliche Abhandlung der Relativitätstheorie sein. Auch das alltägliche „Beamtendeutsch“ gehört der schweren Sprache

<sup>15</sup> Vgl. Mensch Zuerst – Netzwerk People First Deutschland (Hrsg.), Das neue Wörterbuch für leichte Sprache, Kassel 2008.

<sup>16</sup> Vgl. Lebenshilfe Bremen (Hrsg.), Leichte Sprache, Marburg 2013.

an und ist oftmals kaum verständlich: Wer hat es nicht schon erlebt, dass Formulare, die zum Beispiel Behördenvorgänge erläutern, sich einem nicht erschließen? Unklar bleibt, wohin man sich in solchen Fällen wenden kann.

In vielen Lebensbereichen müssen wir heute mit schwerer Sprache zurechtkommen. Dinge werden schwer gesagt und schwer geschrieben, obwohl sie auch leicht gesagt und leicht geschrieben werden könnten. Etwa bei der gesundheitlichen Aufklärung, wenn der Arzt oder die Ärztin komplizierte medizinische Begriffe benutzt, oder wenn uns der Beipackzettel eines Medikaments über Risiken und Nebenwirkungen im Unklaren lässt, weil wir den Text nicht verstehen. Gebrauchsanleitungen von Haushaltsgeräten sind häufig in Minimalgröße gedruckt und in vielen Fällen verwirrend. Texte aus der Wissenschaft oder Fachvorträge sind kompliziert und langatmig. Den Nachrichten des Tages zu folgen oder die überregionale Tageszeitung zu lesen, ermüdet – schon deshalb, weil Medienschaffende häufig viele Fremdwörter bemühen. Schwere Sprache ist also für viele Menschen eine nahezu unüberwindbare Hürde, Inhalte eines Textes zu verstehen. Das schränkt ihre Handlungsmöglichkeiten ohne Not ein. Leichte Sprache dagegen ist ein Ansatz, um diese Grenzen des Verständnisses von Informationen nicht künstlich eng zu halten, sondern auszuweiten und neue Zugänge zu erschließen.

## Zugänge zu Information und barrierefreie Kommunikation

Die UN-BRK verpflichtet Deutschland, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten (Artikel 4). Dem Zugang zu Information und der barrierefreien Kommunikation kommt in der Konvention insgesamt ein großer Stellenwert zu. Gemeint ist damit, dass Information und Kommunikation die spezifischen Bedarfe von Menschen mit Behinderungen aufnehmen. Dazu gehört auch die Leichte Sprache.

Zu dieser allgemeinen Verpflichtungsebene treten spezifische staatliche Verpflichtungen hinzu. So haben auch Menschen mit Behinderungen das Recht, sich Informationen zu beschaffen, zu empfangen oder weiterzugeben (Artikel 21 UN-BRK). Das Recht auf Zugang

betrifft insbesondere die für die Allgemeinheit bestimmten Informationen, die rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien für Menschen mit Behinderungen in ihrer Vielfalt zur Verfügung gestellt werden sollen. Im Umgang mit Behörden, so die Konvention weiter, sollen die von Menschen mit Behinderungen selbst gewählten Kommunikationsmittel akzeptiert und gefördert werden. Auch Massenmedien in privater Trägerschaft sollen durch den Staat dringend aufgefordert werden, ihre Informationen und Dienstleistungen in Formaten zur Verfügung zu stellen, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sind.

Die Konvention formuliert darüber hinaus die Verpflichtung, systematisch Barrieren abzubauen (Artikel 9).<sup>7</sup> Das zugrunde liegende „Enthinderungs-Gebot“ bezieht sich auf alle Lebensbereiche, wie bauliche Anlagen in Bezug auf Wohnen, Arbeit und Mobilität, aber auch ausdrücklich auf den Zugang zu Information und Kommunikation wie „zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit (...) offenstehen oder für sie bereitgestellt werden“. Hierzu gehören auch Maßnahmen, die Barrieren zu sprachlich vermittelten Inhalten senken sowie Informationen in verständlicher Sprache verbreiten.<sup>8</sup> Hier können viele Faktoren, wie überkomplexe und lange Satzkonstruktionen, Fremdwörter oder Wortschöpfungen, jenseits der schweren Sprache Zugänge verschließen, die insgesamt abgebaut werden sollen.

## Rechtliche Rahmenbedingungen

Das deutsche Recht bietet bislang nicht viele Regelungen für Leichte Sprache. Während es für private Akteure noch keine Vorgaben

<sup>7</sup> Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), Systematische „Enthinderung“: UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet zum Barriereabbau, Berlin 2012.

<sup>8</sup> In Artikel 2 der Konvention wird unterstrichen, dass Kommunikation einen hohen Stellenwert hat. Diese schließt „Sprachen, Textdarstellung, Brailleschrift, taktile Kommunikation, Großdruck, leicht zugängliches Multimedia sowie schriftliche, auditive, in Einfache Sprache übersetzte, durch Vorleser zugänglich gemachte sowie ergänzende und alternative Formen, Mittel und Formate der Kommunikation, einschließlich leicht zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologie“ ein. Hier wird Einfache Sprache („plain language“) ausdrücklich genannt.

gibt, existieren für den staatlichen Bereich wenige, teils weiche Vorgaben. Hier finden sich einige Anknüpfungspunkte etwa im Regelungszusammenhang Barrierefreiheit. Behindertengleichstellungsgesetze in Bund und Ländern betreffen den Kontakt zwischen Menschen mit Behinderungen und Behörden.<sup>9</sup> Diese buchstabieren Anforderungen an Barrierefreiheit in Bezug auf die Verwaltungspraxis aus.

Gesetzlich ist Leichte Sprache durch die enthaltenen Definitionen von Barrierefreiheit inhaltlich zufriedenstellend abgedeckt.<sup>10</sup> Jedoch wurde die praktische Relevanz Leichter Sprache für die Verwaltung bis vor dem Inkrafttreten der UN-BRK nur selten erkannt. Diese schwache Wirkung der gesetzlichen Regelung, Leichte Sprache innerhalb der Verwaltungspraxis zu fördern, mag ein Grund sein, warum auf Bundesebene das Behindertengleichstellungsgesetz derzeit evaluiert wird.<sup>11</sup> Einige Bundesländer planen bereits eine Ergänzung ihrer Gesetze, um der Verwaltung klare Vorgaben für den Umgang mit Leichter Sprache zu machen.

Was die Internetangebote der Bundesbehörden betrifft, so stärkt die Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung, BITV 2.0) den Gebrauch von Leichter Sprache.<sup>12</sup> Als Neuerung gibt die BITV 2.0 vor, dass Internetauftritte und -angebote der Bundesbehörden eine Zusammenfassung des Inhalts und eine Hilfe zur Navi-

<sup>9</sup> Vgl. Horst Frehe/Felix Welti, Behindertengleichstellungsrecht, Baden-Baden 2012.

<sup>10</sup> Siehe etwa §4a des Berliner Landesgleichberechtigungsgesetzes, das erste Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen im Bundesgebiet: „Barrierefrei sind bauliche Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“

<sup>11</sup> Bezug genommen wird auf das Vorhaben aus dem Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung, das Behindertengleichstellungsgesetz auf Bundesebene im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention einer unabhängigen Prüfung zu unterziehen.

<sup>12</sup> Vgl. §3 Abs. 2, BITV 2.0 in der Fassung vom 12.9.2011, [www.gesetze-im-internet.de/bitv\\_2\\_0/BjNR184300011.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bitv_2_0/BjNR184300011.html) (3.2.2014).

gation in Leichter Sprache enthalten müssen. Im Anhang 2 der Verordnung werden konkrete Vorgaben dafür gemacht.

Für den Rundfunk- und Medienbereich, der länderübergreifend organisiert wird (etwa ARD, ZDF, Deutschlandfunk), ist der aktuelle Rundfunkstaatsvertrag einschlägig. Zwar bietet dieser keinen ausdrücklichen Hinweis auf Leichte Sprache. Jedoch deckt die allgemeine Formulierung „barrierefreie Angebote“, die nach der neuen Fassung vermehrt mit aufzunehmen sind, auch Leichte Sprache ab.<sup>13</sup> Zeitliche Vorgaben werden nicht gemacht.

## Positiver Trend

Seit ihrem Inkrafttreten 2009 entfaltet die UN-BRK in Deutschland eine starke Dynamik. Seitdem ist beispielsweise kein Koalitionsvertrag in Bund und Ländern geschlossen worden, ohne die UN-BRK aufzunehmen und damit konkrete politische Vorhaben zu deren Umsetzung zu verbinden. Ein Ergebnis dieser Entwicklungen besteht auch darin, dass zunehmend mehr Texte in Leichter Sprache angeboten werden. Leichte Sprache wird von immer mehr Akteuren entdeckt, und Texte und Materialien in Leichter Sprache erfreuen sich einer wachsenden Beliebtheit.

Zu den Texten in Leichter Sprache gehört nicht zuletzt die UN-BRK selbst. Die gedruckte Fassung veröffentlichte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unmittelbar nach ihrem Inkrafttreten. Heute gibt es die Konvention in Leichter Sprache auch in einer interaktiven Version im Internet, die vom Deutschen Institut für Menschenrechte entwickelt wurde.<sup>14</sup> Staatliche Akteure wie Bund, Länder, Gemeinden und auch Organisationen im nichtstaatlichen Bereich haben Aktionspläne oder Maßnahmenpakete zur Umsetzung der Konvention verabschiedet, und einige wiederum haben diese auch in Leichter Sprache veröffentlicht.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag, RStV) vom 1.1.2013, [www.die-medienanstalten.de/fileadmin/Download/Rechtsgrundlagen/Gesetze\\_aktuell/15\\_RStV\\_01-01-2013.pdf](http://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/Download/Rechtsgrundlagen/Gesetze_aktuell/15_RStV_01-01-2013.pdf) (3.2.2014).

<sup>14</sup> Vgl. [www.ich-kenne-meine-rechte.de](http://www.ich-kenne-meine-rechte.de) (3.2.2014).

<sup>15</sup> Vgl. Saarland Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (Hrsg.), Saarland inklusiv – unser Land für alle, Saarbrücken 2012; Landkreis

Manche staatliche Stellen haben darüber hinaus in den vergangenen Jahren größere Vorhaben in Leichter Sprache realisiert. Es können in diesem engen Rahmen nur wenige exemplarisch aufgeführt werden: Die Bundesregierung hat 2013 in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Leichte Sprache einen Ratgeber erstellt.<sup>16</sup> Dieser richtet sich ausdrücklich an Ämter und Behörden und soll eine praktische Orientierung für das Abfassen von Texten in Leichter Sprache bieten. Damit sollen ausdrücklich Personen einbezogen werden, die nicht so gut lesen oder nicht so gut Deutsch sprechen können. Auch die Bundesländer haben die Aufgabe, Leichte Sprache zu verbreiten, auf höchster politischer Ebene aufgegriffen. So hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2013 beschlossen, Texte aus Behörden und Ministerien künftig häufiger nach den Regeln der Leichten Sprache zu formulieren.<sup>17</sup> Die Bundesländer wollen dazu beitragen, dass Menschen mit Lese- und Verständnisschwierigkeiten behördliche Informationen besser verstehen. Einzelne Bundesländer haben dafür Modellprojekte ins Leben gerufen.<sup>18</sup>

Außerdem sind Anstrengungen unternommen worden, um Informationen im Bereich der politischen Bildung in Leichter beziehungsweise verständlicher Sprache bereitzustellen. So erklärt der Deutsche Bundestag auf seiner Webseite in Leichter Sprache, was er tut und wie die Kanzlerin gewählt wird.<sup>19</sup> Insbesondere vor der Bundestagswahl 2013 wurden zahlreiche Materialien für die politische Bildung und die Vorbereitung der Wahlen in Leichter Sprache zugänglich gemacht.<sup>20</sup> Alle größeren Parteien haben ihre Parteiprogramme zusätzlich in Leichter beziehungsweise Einfacher Sprache präsentiert.

Rosenheim (Hrsg.), Teilhabeplan für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Rosenheim, Rosenheim 2013.

<sup>16</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Leichte Sprache. Ein Ratgeber, Berlin 2013.

<sup>17</sup> Vgl. Pressemitteilung der Hansestadt Bremen vom 27.11.2013 in Leichter Sprache, [www.leichtesprache.org/downloads/Werbung%20Leichte%20Sprache%20November%202013.pdf](http://www.leichtesprache.org/downloads/Werbung%20Leichte%20Sprache%20November%202013.pdf) (3.2.2014).

<sup>18</sup> Beispielsweise Hessen, [www.behindertenrechtskonvention.hessen.de/aw/home/Modellregionen/~bke/Wiesbaden](http://www.behindertenrechtskonvention.hessen.de/aw/home/Modellregionen/~bke/Wiesbaden) (3.2.2014).

<sup>19</sup> Vgl. [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache) (3.2.2014).

<sup>20</sup> Vgl. [www.bpb.de/166736](http://www.bpb.de/166736) (3.2.2014); [http://politische-bildung-sh.de/wp-content/uploads/wahlhilfe\\_Stand\\_20-01-2012.pdf?PHPSESSID=0kvqh36dvtpe2s77miatult72](http://politische-bildung-sh.de/wp-content/uploads/wahlhilfe_Stand_20-01-2012.pdf?PHPSESSID=0kvqh36dvtpe2s77miatult72) (3.2.2014).

Seit Anfang 2013 bietet das Onlineportal „Nachrichten leicht“ Nachrichten in Einfacher Sprache an; es ist auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen weitaus besser eingestellt als viele andere Nachrichtenportale.<sup>121</sup> Es handelt sich dabei um ein Internetangebot des Deutschlandfunks, das jeden Samstag die wichtigsten Nachrichten veröffentlicht. Das Programm achtet über die sprachliche Darstellung hinaus auch zunehmend auf die Barrierefreiheit (wie die technische Zugänglichkeit). Das Angebot von Nachrichten in leichter Fassung schließt die enorme Lücke im Bereich der Information allerdings nur ansatzweise. Im Rahmen einer Studie aus dem Jahr 2013 wurden private Internet-Nachrichtenportale auf Barrierefreiheit hin untersucht. Die Studie stellte großen Handlungsbedarf in Bezug auf Barrierefreiheit, also auch für Leichte Sprache, fest.<sup>122</sup>

Auch nichtstaatliche Akteure fördern Leichte Sprache. Dazu gehört die Aktion Mensch, die sich dafür einsetzt, dass das Internet für alle zugänglich wird. Sie würdigt zum Beispiel im Rahmen des Wettbewerbs barrierefreies Webdesign („BIENE“) Seiten in Leichter Sprache. Ein weiteres Beispiel ist die Monitoring-Stelle zur UN-BRK, deren Publikationsreihe „Positionen“ im Wendeformat erscheint, das heißt in einer Printform kombiniert aus schwerer und Leichter Sprache.<sup>123</sup> Die Bibliothek des Deutschen Instituts für Menschenrechte hat zudem eine Sammlung deutsch- und englischsprachiger Dokumente in Leichter Sprache angelegt und in ihren Bestand aufgenommen.<sup>124</sup> Andere nichtstaatliche Organisationen erklären die Fußballregeln in Leichter Sprache, was im Jahr der Fußballweltmeisterschaft nicht fehlen darf.<sup>125</sup>

## Aufgaben und Herausforderungen

Der Trend hin zu mehr Leichter Sprache ist positiv. Doch sowohl im staatlichen als auch

<sup>121</sup> Vgl. [www.nachrichtenleicht.de](http://www.nachrichtenleicht.de) (3.2.2014).

<sup>122</sup> Vgl. Manuela Heim, Wie barrierefrei sind Spiegel Online und Co.?, in: *inklusive! Das Gesellschaftsmagazin für alle*, (2013) 3.

<sup>123</sup> Vgl. [www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle.html](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle.html) (3.2.2014).

<sup>124</sup> Vgl. [www.institut-fuer-menschenrechte.de/bibliothek/medien-in-leichter-sprache.html](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/bibliothek/medien-in-leichter-sprache.html) (3.2.2014).

<sup>125</sup> Vgl. [www.lebenshilfe-bremen.de/files/Fussball-Regeln\\_in\\_Leichter\\_Sprache.pdf](http://www.lebenshilfe-bremen.de/files/Fussball-Regeln_in_Leichter_Sprache.pdf) (3.2.2014).

im gesellschaftlichen Bereich bestehen noch große Herausforderungen. Wo liegen aus der Sicht der UN-BRK weitere Aufgaben für die Zukunft?

Bereits heute besteht ein großer Bedarf nach amtlichen Informationen in Leichter Sprache, der vermutlich zunehmen wird, je stärker Nutzerinnen und Nutzer den Gewinn erkennen. Wesentliche Behördeninformationen sollten in Leichter Sprache verfügbar sein, wie Behördenführer der Stadt für Menschen mit Behinderungen<sup>126</sup>, aber auch allgemeine Informationen, die nicht ausschließlich Menschen mit Behinderungen adressieren, wie gesetzliche Regelungen oder Antragsformulare mit Erläuterungen.

Darstellungen in Leichter Sprache sind nicht gleichzeitig barrierefrei. Hinzu kommt die technische Zugänglichkeit von Texten in elektronischen Formaten oder im Internet, sodass etwa eine Person, die eine computergestützte Vorlesevorrichtung („Screen-Reader“) nutzt, sich den Text ohne technische Schwierigkeiten vorlesen lassen kann. Die Verordnung BITV 2.0 auf Bundesebene setzt hier gewisse Standards. Allerdings gelten diese nur für Bundesbehörden. In den Ländern sind, soweit diese sich nicht der BITV 2.0 angeschlossen oder vergleichbare Vorgaben haben, deshalb entsprechende Regelungen notwendig; auch sollten die rechtlichen Anforderungen auf öffentlich-rechtliche wie auch private Medien ausgeweitet werden. Der Rundfunkstaatsvertrag, der nur für ARD, ZDF und Deutschlandfunk gilt, genügt mit lediglich einer abstrakten Formulierung für die Entwicklung einer inklusiven Medienwelt hierfür in keiner Weise.

In Bezug auf den Behördenverkehr gibt es noch viele Chancen für die Modernisierung der Verwaltung. Das derzeitige Verwaltungsverfahren gibt Anlass, den Stellenwert der Leichten Sprache gesetzlich zu stärken. Hier ist die direkte Kommunikation etwa bei der Anhörung im Verfahren oder der Begründung von Entscheidungen tägliche Praxis. Bescheide („Verwaltungsakte“), für welche die Behörden heute in vielen Fällen Textbau-

<sup>126</sup> Vgl. etwa: Berliner Rat-Geber für Menschen mit Behinderung in Leichter Sprache, hrsg. vom Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales und der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Berlin 2013.

steine in schwerer Sprache verwenden, könnten ohne Weiteres auch durch Bausteine in Leichter Sprache ersetzt oder in einem Anhang mit Ausführungen in Leichter Sprache ergänzt werden. So wären beispielsweise die Entscheidung, die Begründung oder die Rechtsbehelfsbelehrung in Leichter Sprache sicherlich ein Fortschritt. Hier sollten die notwendigen Änderungen im Rahmen der laufenden Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes (und analog auf Landesebene) auch im Hinblick auf Leichte Sprache geprüft werden.

Nicht zuletzt ist geboten, die angemessenen Vorkehrungen zu gewährleisten. Angemessene Vorkehrungen sind Maßnahmen, die im Einzelfall den Zugang zu Informationen sichern und Kommunikation gewährleisten (Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 5 UN-BRK).<sup>17</sup> Solange es noch keine allgemeinen Regeln oder Textbausteine in Leichter Sprache gibt, ist die Verwaltung im Sinne dieses konzeptionellen Ansatzes schon heute verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bedarfsorientierte Lösungen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang darf Leichte Sprache nicht vergessen werden.

Die Bedarfe für die Übertragung in Leichte Sprache werden in den kommenden Jahren für verschiedene Sektoren der Verwaltung zunehmen. Daher drängt sich die Überlegung auf, ob sie innerhalb der eigenen Strukturen Übersetzungsstellen einrichtet und damit ihre zentralen Dienste erweitert. Noch offene Fragen sind, welche wesentlichen Rechtsvorschriften in Leichte Sprache überführt und zusammengefasst werden und in welchem Umfang die Gerichtsbarkeit in Zukunft Leichte Sprache nutzen sollte.

Für den nichtstaatlichen Bereich höchst relevant ist der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen, der oftmals von Leichter Sprache abhängt. Mit Gütern und Dienstleistungen sind weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens angesprochen, in denen Leichte Sprache bislang wenig oder noch überhaupt nicht genutzt wird. Dazu gehören zum Beispiel Produktinformationen für Haushaltsgeräte und

Medikamente oder Informationen im Versicherungswesen sowie in Bezug auf Gebrauchsgegenstände (Stichwort „universelles Design“). Die Europäische Union hat deshalb angekündigt, für diesen übergreifenden Bereich von Gütern und Dienstleistungen einen Entwurf für neue allgemeine Regelungen vorzulegen, die der Verpflichtung zu „Zugänglichkeit“ Rechnung tragen.<sup>18</sup>

Auch nichtstaatliche Stellen (wie Unternehmen, Selbstständige) haben die Aufgabe, allgemeine Informationen verständlich bereitzustellen und den Zugang dazu zu gewährleisten. Dazu gehört insbesondere die Beratung in Leichter Sprache, die in vielen unterschiedlichen Lebenslagen relevant werden kann: Bei der Arztsuche oder beim Arztbesuch, etwa wenn eine Patientin mit einer geistigen Behinderung über die Schwangerschaftsverhütung aufgeklärt werden möchte; bei der Suche nach einem Rechtsbeistand oder der Rechtsberatung durch die Anwaltschaft. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die verschiedenen Berufsgruppen ihre Arbeit besser auf die spezifischen kommunikativen Bedarfe von Menschen mit Behinderungen einstellen und Leichte Sprache wie selbstverständlich in ihre professionelle Praxis integrieren. Die Verbände sollten ihre Mitglieder informieren und sensibilisieren, Trainingsprogramme und professionelle Hilfe anbieten und Zugänge zu wichtigen Informationen in Leichter Sprache bereithalten. Hier liegen auch Chancen, neue Zielgruppen zu erreichen.

Ein besonderer Stellenwert bei Menschen mit Behinderungen kommt der eigenständigen Entscheidung in rechtlichen Angelegenheiten zu. Die Entmündigung von Erwachsenen wurde in Deutschland zwar vor über 20 Jahren abgeschafft; auch Menschen etwa mit eingeschränkter Sprachkompetenz sind seitdem im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches voll geschäftsfähig. Doch das Menschenrecht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht fordert darüber hinaus, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um eine freie und gut informierte Entscheidung zu treffen. Die UN-BRK gibt dem persönlichen rechtlichen

<sup>17</sup> Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.), Barrieren im Einzelfall überwinden: angemessene Vorkehrungen gesetzlich verankern, Berlin 2012.

<sup>18</sup> Vgl. European Commission (Hrsg.), European Disability Strategy 2010–2020: A Renewed Commitment to a Barrier-Free Europe, SEC(2010) 1324 final vom 15.11.2010, Brüssel 2010.



Handeln Vorrang vor Fremdbestimmung und der Entscheidung durch Dritte.<sup>29</sup> Hier steht die Berufsgruppe der gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer vor der Herausforderung, Betroffene in allen Fällen in Bezug auf rechtliches Handeln verständlich zu beraten. Gerade im Feld des rechtlichen Handelns sind Informationen in Leichter Sprache unabdingbar, wie etwa Vertragsformulare in Leichter Sprache, Informationen über die gesetzlichen Regelungen der Eheschließung oder Vordrucke und Erklärungen zu wichtigen Angelegenheiten des Lebens wie Patientenverfügungen oder Organspendeausweise.

## Fazit

Alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderungen, stoßen immer wieder an die Grenzen des sprachlichen Verständnisses. Leichte Sprache versucht, die Grenzen, die schwere Sprache bisweilen für das Verständnis setzt, nicht künstlich eng zu halten, sondern auszuweiten. Leichte Sprache bietet daher für Menschen mit Behinderungen – nicht für alle, aber für eine nicht zu vernachlässigende Größe – ein enormes Potenzial, ihnen einen verbesserten Zugang zu Informationsinhalten und zu mehr Kommunikation zu verschaffen. Leichte Sprache ist damit ein Schlüssel zur Enthinderung der Gesellschaft und zu mehr Selbstbestimmung. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft ist ein wichtiger Beitrag für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Schwere Sprache stellt mitunter eine unüberwindbare Hürde für das Verständnis und den Zugang zu Informationsinhalten dar. Leichte Sprache ist daher von lebenspraktischer Wichtigkeit und Bedingung für ein selbstbestimmteres Leben. Das Problem ist nicht schwere Sprache an sich, sondern vielmehr, dass es nach wie vor zu wenige Informationen in Leichter Sprache gibt und dass sich Kommunikation noch zu selten den Anforderungen der Leichten Sprache stellt.

Damit soll schwere Sprache nicht an sich kritisiert werden. Sicherlich kann schwere Sprache gesellschaftliche Elitenbildung und undemokratische Strukturen befördern, die

<sup>29</sup> Vgl. Valentin Aichele (Hrsg.), Das Recht auf Gleichheit vor dem Recht. Artikel 12 der UN-Behindertenrechtskonvention, Baden-Baden 2013.

Exklusivität von Wissen und Wissenschaft erhalten, Machterhalt sichern oder auch zum Zwecke sozialer Repression instrumentalisiert werden. Trotzdem behält schwere Sprache in all ihren Varianten ihren berechtigten Platz in einer vielfältigen Gesellschaft, schon alleine wegen ihrer Bedeutung in der Lyrik, Philosophie oder Wissenschaft.

In Deutschland ist seit einigen Jahren ein positiver Trend zu mehr Leichter Sprache zu beobachten. Viele Akteure haben zur Bekanntmachung und Verbreitung der Leichten Sprache beigetragen. Es ist mehr als wünschenswert, dass diese Entwicklung fortgesetzt und durch rechtliche Regelungen gefördert wird. Dies gilt vor allem für den privaten Bereich, der Leichte Sprache bislang noch kaum als Aufgabe und Chance für sich entdeckt hat. Verpflichtende Regelungen für Leichte Sprache fehlen, und nachhaltige Initiativen sind für viele Lebensbereiche, Berufsfelder und Themen erforderlich.

Der jüngste Koalitionsvertrag im Bund enthält (neben anderen Bezügen zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen) unter der Überschrift „UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen“ folgende Passage: „Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bei politischen Entscheidungen, die die Menschen mit Behinderungen betreffen, zu berücksichtigen. Gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen werden wir den Nationalen Aktionsplan weiterentwickeln. Wichtige Etappenziele sind mehr Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit im Alltag. Der leichtere Zugang für Menschen mit Behinderungen zu Transportmitteln, Informationen und Kommunikation sowie zu Einrichtungen und Diensten ist unabdingbar.“<sup>30</sup> Diese Passage lässt Menschen mit Behinderungen, die nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe streben, hoffen, dass aus der Politik bald weitere Impulse zur Verbreitung von Leichter Sprache kommen.

<sup>30</sup> Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Berlin 2013, S. 110.

# Funktionaler Analphabetismus – Hintergründe eines aktuellen gesellschaftlichen Phänomens

**B**ei dem Wort „Barriere“ denken wir meist sofort an ein sichtbares Hindernis. Viel subtiler sind jedoch unsichtbare Hindernisse, zum Beispiel

**Sven Nickel** sprachliche Barrieren.

Dr. phil., geb. 1968; Professor für Sprach- und Literaturdidaktik, Universität Bremen, Bibliothekstraße 1–3, 28359 Bremen. snickel@uni-bremen.de

Menschen mit geringen Lesekompetenzen ein ernsthaftes Hindernis. Schrift, so hätte es der französische Soziologe Pierre Bourdieu ausgedrückt, ist eben nicht nur ein Zeichensystem und ein Kommunikationsmittel, sondern auch ein Instrument sozialen Handelns – ein Mittel der Herrschaft.

Mit dem Konzept der Leichten Sprache werden Texte so vereinfacht, dass auch Menschen mit einer geringeren Lesekompetenz sie lesen können. Das Konzept leistet daher einen wertvollen Beitrag zur Verminderung sprachlicher Teilhabebarrieren – und damit zur gesellschaftlichen Inklusion. Dies ist sicher hilfreich und notwendig, aber nicht hinreichend. Denn geringe Lesekompetenzen sind ein gesellschaftliches Problem. Ein großer Teil der Bevölkerung versteht Texte nur auf sehr basalem Niveau. Der vorliegende Beitrag widmet sich den Hintergründen dieses Phänomens. Wie viele Menschen bezeichnen wir als gering literalisiert? Wie kommt es dazu? Und wie sehen die Lebensweltbedingungen der betroffenen Menschen aus?

Um das Problem der geringen Literalität zu fassen, sei ein kurzer Ausflug in die jüngere Historie vorangestellt. Erstmals diskutiert wurde das Phänomen der nicht ausreichenden Schriftkompetenzen in Deutschland in den 1970er Jahren. Vor allem die Volkshochschulen machten darauf aufmerksam, dass in der Mitte unserer Gesellschaft Menschen leben, deren schriftliche Kompetenzen nicht ausreichen, um an relevanten gesellschaftlichen Prozessen in voller Breite partizipieren zu können. Diese Menschen besäßen durchaus Kenntnisse der Schrift, sie seien keine An-Alphabeten im wörtlichen Sinne. Wohl aber seien ihre schriftlichen Kompetenzen derart niedrig, dass sie die Funktion von Schrift nur sehr eingeschränkt nutzen könnten. In unserer ausgeprägt literal organisierten Gesellschaft könnten die Betroffenen die vorhandenen Schriftkompetenzen in ihren persönlichen Lebenswelten somit nicht funktional einsetzen. Dies drückte sich aus in dem Begriff des funktionalen Analphabetismus.

Das Phänomen war in den 1970er Jahren sicherlich nicht neu, es wurde aber erst zu dieser Zeit virulent. Mit der Einführung neuer Technologien entfielen zahlreiche Arbeitsplätze im primären Sektor (wie etwa in der Land- und Forstwirtschaft) – oder sie veränderten sich so, dass Lese- und Schreibkompetenzen unabdingbar wurden. Dennoch überraschten die Berichte, ging man doch davon aus, dass seit Einführung der allgemeinen Schulpflicht und der damit verbundenen Alphabetisierung der breiten Bevölkerung alle Menschen schreiben können.

Entsprechend wurden die ersten Berichte von politischer Seite zunächst negiert, später als Einzelfälle betrachtet und auf individuelle Schwächen zurückgeführt. Erst allmählich setzte sich die politische und gesellschaftliche Erkenntnis durch, dass ein bestimmter Anteil von Schülerinnen und Schülern das deutsche Schulsystem verlässt, ohne hinreichend lesen und schreiben gelernt zu haben. Dass Illiteralität ein drängendes gesellschaftliches Problem ist, das struktureller Lösungen bedarf, dringt jedoch erst seit wenigen Jahren und nur allmählich in das Bewusstsein von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ähnlich der PISA-Studie wurden in PIAAC 2012 (Programme for the Internatio-

**Abbildung 1: Größenordnung des funktionalen Analphabetismus**

Literalität	Alpha-Level	Anteil der erwachsenen Bevölkerung (in Prozent)	Anzahl (hochgerechnet in Mio)
Funktionaler Analphabetismus	α 1	0,6	0,3
	α 2	3,9	2,0
	α 3	10,0	5,2
Zwischensumme		14,5	7,5
Fehlerhaftes Schreiben	α 4	25,9	13,3
	> α 4	59,7	30,8
Summe		100,1*	51,6

\* Das Ergebnis ist auf Rundungseffekte zurückzuführen. *Quelle:* Anke Grotlüschen/Wibke Riekmann/Klaus Buddeberg, Hauptergebnisse der leo. – Level-One Studie, in: A. Grotlüschen/W. Riekmann 2012 (Anm. 4), S. 13–53.

nal Assessment of Adult Competencies) der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Grundkompetenzen ermittelt, in diesem Fall von Erwachsenen.<sup>1</sup> Es zeigen sich deutliche Parallelen zu PISA, insbesondere das „leicht unterdurchschnittliche Abschneiden von Deutschland in der Lesekompetenz, verursacht durch überdurchschnittliche Schwächen im unteren Leistungsbereich, und ein auffallend hoher Zusammenhang der Kompetenzen mit der sozialen Herkunft entsprechen den Befunden von PISA 2000“.<sup>2</sup>

Wie groß der Anteil der Menschen ist, deren vorhandene Kompetenzen niedriger sind, als die von der Gesellschaft erwarteten, ist nicht leicht zu bestimmen. Denn Literalität ist relational. Die Anforderungen an Schriftsprachlichkeit sind historisch und kulturell variabel. Sie haben sich in den vergangenen Jahren insbesondere durch die Verbreitung digital verarbeiteter Schrift deutlich erhöht. Der gesellschaftliche Wandel kann somit als ein Bedingungsfaktor des funktionalen Analphabetismus beschrieben werden.

Bezüglich der Größenordnung legten die Bildungsstudien der vergangenen Jahre erstmals belastbare Daten vor. Die Level-One-Studie der Universität Hamburg offenbarte, dass etwa 4,4 Prozent der Bevölkerung maximal Wörter, aber keine Sätze lesen können

(Alpha-Level 1+2, *Abbildung 1*).<sup>3</sup> Weitere zehn Prozent der Bevölkerung können zwar mit kurzen Sätzen umgehen, scheitern aber an Texten und vermeiden diese daher (Alpha-Level 3).<sup>4</sup> Die Größenordnung des funktionalen Analphabetismus in Deutschland liegt somit bei 14,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung beziehungsweise bei 7,5 Millionen Menschen. Um dies zu veranschaulichen: Das ist mehr als jede einzelne deutsche Stadt Einwohner hat. Das ist sogar mehr als die Einwohner der fünf bevölkerungsreichsten Städte Deutschlands – Berlin, Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main – zusammen.

Der Anteil der Männer an der Gesamtgruppe ist leicht größer als der der Frauen. Überraschend ist die Erkenntnis, dass das Niveau der Literalität mit dem Alter abnimmt. Die jüngeren Jahrgänge (18 bis 29 Jahre) verfügen tendenziell über leicht größere schriftliche Kompetenzen als die älteren. Ein Befund, der sich mit der PIAAC-Studie deckt, aber im Widerspruch zur derzeit oft vorgebrachten Klage über abnehmende Lese- und Rechtschreibkompetenzen jüngerer Menschen steht.

Übrigens besitzen weitere 25,9 Prozent (13,3 Millionen) größere Probleme beim Lesen und Rechtschreiben (Alpha-Level 4). Sie gelten zwar nicht als funktionale Analphabeten, doch verschriften sie auch einen geläufigen Wortschatz (Grundschulniveau) sehr fehler-

<sup>1</sup> Vgl. [www.oecd.org/site/piaac](http://www.oecd.org/site/piaac) (10.2.2014).

<sup>2</sup> Beatrice Rammstedt, PIAAC 2012: Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick, in: dies. (Hrsg.), Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich. Ergebnisse von PIAAC 2012, Münster 2013, S. 18.

<sup>3</sup> Vgl. <http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo> (10.2.2014).

<sup>4</sup> Vgl. Anke Grotlüschen/Wibke Riekmann (Hrsg.), Funktionaler Analphabetismus in Deutschland. Ergebnisse der ersten leo. – Level-One Studie, Münster 2012.

haft. Auch sie profitieren von den Konzepten der Leichten Sprache. Addiert man die zuletzt genannte Gruppe hinzu, stellt Leichte Sprache für über 40 Prozent (über 20 Millionen Menschen) der gesamten erwachsenen Bevölkerung eine angemessene Form der Schriftlichkeit dar. Geringe Schriftkompetenzen sind mithin kein Randphänomen, sondern ein bedeutendes gesellschaftliches Thema.

Dabei scheint geringe Literalität sozial „vererbt“ zu werden. Nicht nur der eigene Schulabschluss, sondern auch der Schulabschluss der Eltern ist gemäß der Level-One-Studie ein relevanter Prädiktor für Illiteralität. Während in der Bevölkerung insgesamt nur drei Prozent der Personen in Elternhäusern aufgewachsen ist, in denen weder Mutter noch Vater einen Schulabschluss haben, liegt dieser Anteil unter Illiteralen mit zwölf Prozent viermal so hoch.

Wer nun glaubt, dass es sich bei den 14,5 Prozent der sehr gering literalisierten Personen aus der Level-One-Studie vornehmlich um Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte handelt, der irrt. Zwar ist der Anteil der mehrsprachigen Menschen im Vergleich zur Verteilung in der Gesamtbevölkerung überproportional, doch für die Mehrheit der Betroffenen (58 Prozent) ist Deutsch die Muttersprache. Zudem wurden in die Stichprobe der Studie nur Personen aufgenommen, welche die deutsche Sprache mündlich soweit beherrschten, dass sie einer Befragung und einem Test folgen können. Rechnete man Zugewanderte ohne ausreichende Sprachkenntnisse des Deutschen hinzu, dürften noch etliche Personen der Zahl von 7,5 Millionen hinzugefügt werden.

Derart geringe Lese- und Schreibkompetenzen sind gesellschaftlich aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen bedeutet dieses Ausmaß an geringer Grundbildung einen ökonomischen Nachteil. Wie groß der volkswirtschaftliche Schaden ist, der durch zu geringe Lese- und Schreibkompetenzen entsteht, wurde in Deutschland noch nicht explizit untersucht. Entsprechende Studien in vergleichbaren Industrienationen lassen darauf schließen, dass eine Zahl von mehreren Milliarden Euro pro Jahr durchaus realistisch ist.

Niedrige Schriftsprachkompetenz korreliert dabei statistisch signifikant mit dem

## Regeln der Leichten Sprache

Leichte Sprache folgt dem Prinzip der maximalen sprachlichen Einfachheit. Mittlerweile existieren mehrere Veröffentlichungen, die entsprechende sprachliche Regeln spezifizieren. Die wichtigsten Regeln werden nachfolgend skizziert.

### *Lexik:*

- leicht verständliche, anschauliche, vertraute oder einfache Wörter
- Abstrakta möglichst umgehen
- Fach- und Fremdwörter, Abkürzungen sowie Redewendungen und Metaphern vermeiden

### *Morphologie:*

- kurze Wörter benutzen
- Komposita mit Bindestrichen trennen

### *Syntax und Morphosyntax:*

- kurze, einfache Hauptsätze mit jeweils nur einer Aussage
- Perfekt statt Präteritum
- kein Konjunktiv, kein Genitiv, kein Passiv, keine Nominalisierungen
- bei Pronomen auf eindeutige Referentialität achten

Nicht alle Regeln können gleichzeitig berücksichtigt werden. In der Praxis gilt es meist abzuwägen, welchem Prinzip der Vortritt zu gewähren ist. Auch sind einige Regeln durchaus umstritten. So ist die Aneinanderreihung kurzer Sätze unverständlich, wenn keine Kohärenz zwischen den Sätzen hergestellt wird. In Ergänzung der genannten linguistischen Aspekte ist zudem auf eine lesefreundliche Darbietung des Textes zu achten (wie große, klare Schrift, möglichst jeder Satz in einer neuen Zeile, bei längeren Texten Zwischenüberschriften einfügen).

Neben der Leichten Sprache existieren verwandte Konzepte. Die Einfache oder die Verständliche Sprache, wie sie in der Bürger-Verwaltung-Kommunikation angestrebt wird, ist nicht maximal vereinfacht. Diese Konzepte richten sich an den Großteil der Bevölkerung und versuchen, das „Behördendeutsch“ verständlicher zu machen. Leichte Sprache hingegen spricht vor allem diejenigen an, die besondere Probleme bei der Verarbeitung der geschriebenen Sprache haben.

häufigeren Auftreten diverser Krankheiten und ungesundem Lebensstil. Nach der OECD ergibt sich folgende Korrelation: Ein Land, das bei der Lesekompetenz Erwachsener ein Prozent über dem Durchschnitt liegt, übertrifft andere Länder bei der Arbeitsproduktivität um 2,5 Prozent und beim Brutto-Inlandsprodukt um 1,5 Prozent. Während von politischer Seite bisher meist argumentiert wird, dass für Maßnahmen im Sozial- und Bildungssektor die finanzia-

ellen Ressourcen fehlen, stellt sich aus diesem Blickwinkel eher die Frage, wie lange wir uns den aktuellen Zustand ökonomisch noch leisten können.

Des Weiteren ist geringe Grundbildung im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer Demokratie kritisch zu sehen. So ist beispielsweise belegt, dass Menschen mit geringer Grundbildung sich weniger für politische Zusammenhänge interessieren und sich deutlich weniger ehrenamtlich oder in Vereinen engagieren.

## Bedingungsgefüge und Lebenswelt

Mit der PIAAC- und insbesondere der Level-One-Studie liegt erstmals eine solide empirische Basis für die bildungspolitische Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Illiteralität vor. Die Daten zur Größenordnung erklären jedoch nicht die Ursachen des Phänomens. Kausale Gründe existieren nicht. Individuelle, familiäre, schulisch-unterrichtliche und auch gesellschaftliche Faktoren wirken in einem komplexen Bedingungsgefüge ineinander. Die empirische Bildungsforschung beschreibt die Ausbildung der Lese- und Schreibfähigkeit als sich bedingende Kombination des sozialen und kulturellen Kapitals mit kognitiven und emotional-motivationalen Merkmalen der Einzelnen sowie schulischen und unterrichtlichen Merkmalen.

Ausgangspunkt von Problemen beim Erwerb der Schriftsprache ist meist ein Aufwachsen in sozioökonomischer Unsicherheit innerhalb eines familiären Rahmens, der sich durch ein geringes Maß sozialen und kulturellen Kapitals auszeichnet. Das Elternhaus ist häufig bildungsfern und wenig literarisch. Doch frühe Erfahrungen mit Sprache und Schrift in der Familie gelten für den weiteren Schulerfolg als besonders bedeutsam. Die skizzierten Bedingungen verknüpfen sich häufig mit Problemen in der Schule, die schon zu Beginn der Schulzeit auftreten. Die geringen literalen Erfahrungen führen zu gering ausgeprägten Teilleistungen sowie einer nur mäßig ausgeprägten Einsicht in Funktion und Gebrauchswert der Schrift. Entsprechend ist die Motivation, sich dem Prozess des Lesen- und Schreibenlernens zu stellen, nur wenig ausgebildet.

Schulische Angebote, die nicht ausreichend auf diese Risikolage eingehen, verstärken dies. Mit den ersten Schulschwierigkeiten stellen sich begleitend häufig ein negatives Selbstbild und ein geringes Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten ein. Dies wiederum lässt Lernerfolge immer unwahrscheinlicher werden. Gelingt jedoch der Einstieg in den Schriftspracherwerb nicht in den ersten Jahren der Grundschule, sieht das Schulsystem in den höheren Klassen keine weiteren Möglichkeiten vor, die Grundlagen der Schrift zu erwerben.

Und wenn schließlich nach Beendigung der Schulzeit im Lebens- und Arbeitsumfeld keine Lernumgebungen vorhanden sind, die ein lebenslanges Lernen unterstützen, gehen selbst bereits erworbene Fähigkeiten häufig wieder verloren. Aufgrund der unsicheren Schriftsprachbeherrschung werden schließlich schriftsprachliche Anforderungssituationen vermieden, wodurch wiederum eine Weiterentwicklung der Kompetenzen durch ihren Gebrauch verhindert wird. Die Angst vor Stigmatisierung und das fehlende Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wirken dabei wie ein Monitoring, das den skizzierten Prozess stützt und aufrechterhält.

Dieser prototypische Verlauf wurde in Studien mit Lernenden in Alphabetisierungskursen gewonnen.<sup>15</sup> Im Fokus stand somit eine kleine, ausgewählte Teilgruppe, da es sich um Menschen handelt, die bereits eine symbolische Barriere überwunden haben und ihren Lernprozess aktiv gestalten. Da in parallel laufenden Studien deutliche Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsmarktteilhabe oder der Zufriedenheit mit den eigenen Schulerfahrungen zwischen der Gesamtgruppe aller gering literalisierten Erwachsenen und der Teilgruppe der aktuell Lernenden gefunden wurde, gilt es als grundsätzlich offen, ob

<sup>15</sup> Vgl. Birte Egloff, Biographische Muster „funktionaler Analphabeten“. Eine biographische Studie zu Entstehungsbedingungen und Bewältigungsstrukturen von funktionalen Analphabeten, Frankfurt/M. 1997; Lisa Namgalies/Barbare Heling/Ulf Schwänke, Stiefkinder des Bildungssystems. Lern- und Lebensgeschichten deutscher Analphabeten, Hamburg 1990; Marion Döbert-Nauert, Verursachungsfaktoren des Analphabetismus. Auswertung von Interviews mit Teilnehmern an der Volkshochschule Bielefeld, Bonn 1985.

**Abbildung 2: Idealtypisches Bedingungsgefüge auf der Basis von Biografien der Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen**



Quelle: Birte Egloff, Biografieforschung und Literalität. Ursachen und Bewältigung von funktionalem Analphabetismus aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive, in: Anke Grotlüschen/Andrea Linde (Hrsg.), *Literalität, Grundbildung oder Lesekompetenz?*, Münster 2007, S. 70–80.

das oben aufgezeigte Bedingungsgefüge auch für die Grundgesamtheit aller illiteralen Erwachsenen zutrifft. Die Unterschiedlichkeit verschiedener sozialer Milieus und Lebensstile lässt vermuten, dass sich durchaus unterschiedliche Lebenslagen mit voneinander abweichendem Bedingungsgefüge identifizieren lassen.<sup>16</sup>

Grundsätzlich kann die Entwicklung von Defiziten in der Lese- und Schreibkompetenz als kontextuell situiert in vielschichtige, benachteiligte Lebenslagen beschrieben werden. Einzelne individuelle, familiäre oder schulische Risikobedingungen lassen sich meist recht gut ausgleichen. Existieren jedoch risikohafte Bedingungen in

mehreren Bereichen, ist ein solcher Ausgleich nicht mehr ohne Weiteres möglich. Illiteralität eines Menschen ist letztlich ein logisches Produkt seiner Entwicklung unter den für ihn gegebenen Ausgangs- und Randbedingungen und unter Berücksichtigung der individuell ausgedeuteten Handlungsoptionen.

Da der Lese- und Schreibfähigkeit in unserer Gesellschaft eine große Bedeutung zukommt, fürchten die betroffenen Menschen die soziale Stigmatisierung. Diese Furcht führt zur Vermeidung von Situationen, in denen schriftsprachliches Handeln nötig wird. Häufig werden dabei Strategien wie Täuschung (wie Brille vergessen, Arm gebrochen, Finger verstaucht) und Delegation („Mach du das mal“) genutzt. Meist gibt es ausgewählte Mitwisser, die den Betroffenen zur Seite stehen. Erst wenn durch kritische Ereignisse im Lebenslauf der Handlungsdruck enorm groß geworden ist, wird

<sup>16</sup> Vgl. Uwe H. Bittlingmayer et al., Die Wiederkehr des funktionalen Analphabetismus in Zeiten wissenschaftsgesellschaftlichen Wandels, in: Gudrun Quenzel/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*, Wiesbaden 2010, S. 341–374.

eine Neuaufnahme des Lernprozesses angestrebt. Meist geschieht dies in einem gewissen zeitlichen Abstand zur Schulzeit, etwa im Alter von 30 Jahren.

Insgesamt jedoch ist die Quote der Lernenden in institutionellen Kurszusammenhängen extrem gering. Von der ermittelten Grundgesamtheit der 7,5 Millionen Menschen besuchen – je nach Zählweise – 10 500 bis 20 000 Menschen einen Alphabetisierungskurs.<sup>7</sup> Das entspricht einer Teilnehmendenquote von 0,26 Prozent. Über die Frage, warum mehr als 99 Prozent der betroffenen Menschen kein institutionalisiertes Lernangebot wahrnehmen, lässt sich zurzeit nur mutmaßen. Sicherlich gibt es Regionen, in denen das entsprechende Grundbildungsangebot nicht flächendeckend ausgebaut ist. Daneben könnte es sein, dass die Lernangebote den Betroffenen trotz der vermehrten Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreichend bekannt sind. Vermutlich ist es aber auch so, dass die Menschen, die zudem partiell über negative Schulerfahrungen verfügen, sich scheuen, Beratung und Kurse aufzusuchen und entsprechende Bildungsdefizite offenzulegen. Zu dieser symbolischen Hürde gesellt sich wahrscheinlich die Tatsache, dass sich die Betroffenen subjektiv nicht eingeschränkt fühlen und sich mit den vorhandenen Teilhabemöglichkeiten zufrieden geben.<sup>8</sup> Vieles deutet darauf hin, dass die Betroffenen sich in einem Leben ohne Schrift arrangiert haben.

Trotz der vorhandenen Lese- und Schreibprobleme gelingt mehr als der Hälfte der Betroffenen die Teilhabe am Arbeitsleben, wobei diese Teilhabequote mit einem steigenden Alpha-Level korreliert. Eine solche Teilhabe gelingt den Menschen, weil die literalen Anforderungen an einem Arbeitsplatz sehr berufsspezifisch sind. Sie unterscheiden sich je nach Branche und konkreter Tätigkeit und lassen sich nicht mit allgemeinen Literalitätsstandards vergleichen. Die Betroffenen kommen mit den spezifischen Anforderungen zu-

<sup>7</sup> Vgl. Bernhard von Rosenblatt/Frauke Bilger, Erwachsene in Alphabetisierungskursen der Volkshochschulen, Bonn 2011. Der Bundesverband Alphabetisierung & Grundbildung e. V. bezieht in seine Statistiken auch andere Träger als die Volkshochschulen mit ein.

<sup>8</sup> Vgl. Ulrich Steuten, Gesellschaftliche Teilhabe und funktionaler Analphabetismus, in: Alfa-Forum, (2013) 8, S. 7–10.

recht. Allerdings treten nur die wenigsten in stabile Erwerbskarrieren ein.<sup>9</sup> Ihr Verdienst ist unterdurchschnittlich, die Mehrheit der Betroffenen findet Arbeit im Niedriglohnsektor. Die finanzielle Lage der Betroffenen ist somit prekär, denn der Bedarf an gering- und unqualifizierten Personen sinkt stetig. Zudem erweisen sich heutige Arbeitsbedingungen in zunehmendem Maße grundsätzlich als diskontinuierlich und flexibel, was sich in befristeten Beschäftigungen, Leiharbeitsverhältnissen oder Teilzeitarbeit ausdrückt. Auch die PIAAC-Studie geht davon aus, dass diese Personen nur geringe Chancen auf eine fachliche Ausbildung oder auf einen kognitiv herausfordernden und anregenden Arbeitsplatz haben. Zudem sind sie vergleichsweise wenig an Weiterbildung beteiligt. Somit fehlen Chancen, mangelnde Kompetenzen im Erwachsenenalter zu verbessern.

## Herausforderungen

Aus Sicht der Ungleichheitsforschung ist die noch immer existente Individualisierung struktureller Problematiken der Chancenverteilung wenig zielführend und in der Sache kontraproduktiv. Die Forschung zu geringer Literalität unter Erwachsenen brachte ein vielschichtiges Gefüge hervor, bestehend aus individuellen, familiären, schulischen und gesellschaftlichen Faktoren. Demzufolge kann eine Reaktion auf dieses Phänomen nur im Zusammenspiel unterschiedlicher Zuständigkeitsbereiche (bildungs-, sozial-, kultur-, arbeitsmarkt- und familienpolitisch) erfolgreich sein. Einige ausgewählte Aspekte sollen abschließend skizziert werden.

Das Bundesministerium für Bildung, Forschung und Wissenschaft hat der Forschung zum funktionalen Analphabetismus durch die Umsetzung von zwei Förderprogrammen wesentliche Impulse verliehen.<sup>10</sup> Dabei ging es in erster Linie um Grundlagen- und arbeitsplatzorientierte Forschung. Für die Zukunft sind Impulse wünschenswert, die unser Wissen um Lehr- und Lernprozesse mit

<sup>9</sup> Vgl. Marc Thielen, Erwerbskarrieren und funktionaler Analphabetismus. Die Bedeutung von Literalität in Erwerbskarrieren von Teilnehmenden in Lese- und Schreibkursen, in: Empirische Sonderpädagogik, (2013) 3, S. 205–221.

<sup>10</sup> Vgl. etwa: [www.alphabund.de](http://www.alphabund.de) (13.2.2014).

Erwachsenen im Grundbildungssektor erweitern. Unser didaktisch-methodisches Wissen zu Lernprozessen dieser Zielgruppe ist zurzeit noch gering ausgebildet, dies gilt besonders im Hinblick auf die Beschreibung von Wirksamkeit bestimmter konzeptioneller Ansätze.

Das derzeitige Angebot an Alphabetisierungskursen muss flächendeckend ausgebaut und in eine Kultur des lebenslangen Lernens integriert werden. Dabei müssen strukturelle Veränderungen das Berufsbild des Alphabetisierungspädagogen oder der Alphabetisierungspädagogin etablieren. Denn die derzeit verbreiteten Honorarverhältnisse erscheinen in diesem sensiblen und gesellschaftlich bedeutsamen Handlungsfeld unzumutbar. Entsprechend werden die in den vergangenen Jahren geschaffenen Qualifikationsmöglichkeiten nicht greifen, solange die Beschäftigungssituation der Pädagoginnen und Pädagogen prekär bleibt.

Allerdings wird der Erwerb der Schrift im Erwachsenenalter nur eine Ausnahme bleiben, das zeigen schon die geringen Teilnahmezahlen. Die Vermittlung der Schrift bleibt die Aufgabe der Institution Schule. Wenn der Schule dies bisher nicht in zureichendem Maße gelingt, ist es – nicht zuletzt aus gesellschaftlichem und volkswirtschaftlichem Interesse – dringend ratsam, die entsprechenden Anstrengungen zu verstärken. Kinder mit Problemen beim Lesen- und Schreibenlernen profitieren nachweislich von strukturierten Förderangeboten, die förderdiagnostisch basiert individualisiert vorgehen. Hierfür sind personelle Ressourcen bereit- und das fachliche wie das fachdidaktische Wissen der Lehrkräfte sicherzustellen. Zudem weiß die Resilienzforschung um die Bedeutung der persönlichen Ebene: Kinder mit Lernschwierigkeiten benötigen eine Lehrperson, der sie Vertrauen entgegenbringen können und die ihnen Sicherheit geben kann.

Die Schule kann Schrift jedoch kaum gegen die Alltagswelt der Kinder durchsetzen. Es gilt daher, den Kindern bereits im Elementarbereich reichhaltige Erfahrungen mit Sprache und Schrift zu ermöglichen. Von diesen Möglichkeiten profitieren insbesondere die Kinder, die im Rahmen ihrer familialen Lesesozialisation eher ungünstigen Bedingungen ausgesetzt sind. Daneben kommt

der Elternbeteiligung eine große Rolle zu. Die Familie wird als Schlüssel der schriftkulturellen Sozialisation gesehen. Eine familien- und sozialraumorientierte Grundbildung kann sowohl intervenierend wie auch präventiv wirken.

Überhaupt ist bei der Begründung entsprechender Lernangebote immer auch an systemische Effekte zu denken. Alphabetisierung von Eltern ist immer auch potenzielle Prävention von Illiteralität. Verändern sich durch das Erlernen der Schrift auch die literalen Kompetenzen und Gewohnheiten der Betroffenen, wachsen deren Kinder in einem veränderten Umfeld auf. Oder, in Anlehnung an die Worte der Botschafterin für Alphabetisierung Marion Döbert: Literalisierte Individuen schaffen literalisierte Familien, die wiederum einen Beitrag leisten zu literalisierten Kommunen und letztlich zu einer literalisierten Nation.

Vielfach aber, dies soll zum Abschluss betont werden, sind es vor allem arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Zwar wird gelegentlich argumentiert, dass ein höherer Literalitätsgrad vor Armut schützen würde. Doch diese Argumentationsfigur greift zu kurz: Ein im Erwachsenenalter vollzogener Lese- und Schreiberwerb beseitigt nicht ohne Weiteres die sozioökonomische Unsicherheit, welche die Lebenswelt prägt. Armut ist der Nährboden für Bildungsbenachteiligung. Wenn der Illiteralität der Nährboden entzogen werden soll, dann muss das Hauptaugenmerk der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit innerhalb unserer Gesellschaft gelten.



Bettina Fackelmann

# Legitim? Herrschaft durch Sprache in Politik und Wissenschaft

*Wenn die Worte nicht stimmen, dann ist das Gesagte nicht das Gemeinte. Wenn das, was gesagt wird, nicht stimmt, dann stimmen die Werke nicht. Gedeihen die Werke nicht, so verderben Sitten und Künste. Darum achte man darauf, dass die Worte stimmen. Das ist das Wichtigste von allem.*

Konfuzius (551–479 v. Chr.)

**M**enschen verständigen sich vorrangig durch Sprache, beachten dieses Medium jedoch oft nicht bewusst. Das ist insbesondere in Politik

**Bettina Fackelmann**

Dr. rer. pol., geb. 1969;  
Kommunikationsberaterin;  
Gastprofessorin für „Organizational Communication“ an der Al Akhawayn University in Ifrane/Marokko; Beratung für konstruktive Kommunikation, Postfach 210251, 10502 Berlin.  
bfn@bettina-fackelmann.de

und Wissenschaft bedauerlich, denn Sprache ist ein mächtiges Instrument, das die Komplexität von Information mindern oder steigern kann – somit auch die Attraktivität politischer und wissenschaftlicher Mitteilungen.

Unter Sprache wird üblicherweise ein für die Bewohnerinnen und Bewohner eines Kulturraums geteilter Wortschatz und Grammatik verstanden, wie Deutsch in Deutschland, Österreich und der Schweiz – auch Ethnosprachen genannt. Doch unterscheidbare Sprachen gibt es bei näherer Betrachtung auch innerhalb der Ethnosprachen. So bilden soziale Systeme in der Regel „Fachsprachen“ aus – wobei Systeme hier nicht als Gruppen oder schlichte Ansammlung von Individuen aufgefasst werden sollten. Im Sinne der Systemtheorie gelten sie als kollektive Konstrukte mit auch von außerhalb des Systems erkennbaren Eigenleben, Identitäten, Regeln, Sprachen und Codes, wie etwa die Wissenschaft und ihre Subsysteme

der Physik, Soziologie oder Sprachwissenschaften. Zwar ist die Akzeptanz von Fachsprachen, vor allem in der Wissenschaft, relativ weit verbreitet, aber der Erfolg von Initiativen wie washabich.de<sup>1</sup> oder Fernsehsendungen wie „Quarks & Co“<sup>2</sup> zeigen, dass es ein zunehmendes Bedürfnis gibt, Fachsprachen, die persönlich relevant sind, zu verstehen.

Obwohl Sprache *per se* ein linguistisches Thema ist, wird sie im Folgenden aus soziologischer Sicht behandelt: Die öffentlich wirksamen Fachsprachen, vor allem in Politik und Wissenschaft, sind angesichts ihrer gesellschaftlich durchdringenden Wirkung – man könnte auch „Herrschaft“ sagen – bedeutsam in Bezug auf die „demokratische Reife“ eines Staates. Dieses seit Jahrzehnten diskutierte Konzept kann hier nur auszugsweise gestreift werden. Neuere Ansätze<sup>3</sup> verstehen unter demokratischer Reife die Partizipation kompetenter und selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger in möglichst vielen Lebensbereichen, die über eine bloße Wahlbeteiligung hinausreicht.

## Sprache dient der Verständigung, grenzt aber auch ab

Die mögliche Teilhabe an den genannten Systemen ist demnach eine wesentliche demokratische Funktion, die durch eine systemspezifische sprachliche Kompetenz erst möglich wird – oder eben auch nicht.

Hier wird bereits ein wesentlicher Aspekt des „Herrschaftsinstruments“ Sprache deutlich: Wer auch immer die Sprache in sozialen, auch formal demokratischen Systemen durch Kommunikation mitbestimmt oder gar bewusst festlegt und dadurch gegen andere ab-

<sup>1</sup> Auf der Webseite heißt es: „Hier können Sie Ihren ärztlichen Befund kostenlos von Medizinstudenten in eine für Sie leicht verständliche Sprache übersetzen lassen.“ <https://washabich.de> (13. 1. 2014).

<sup>2</sup> Auf der Webseite der Sendung heißt es: „Quarks & Co (...) beleuchtet 45 Minuten lang ein wissenschaftliches Thema aus verschiedensten, oft ungewöhnlichen Blickwinkeln. Ihr besonderes Augenmerk legen die Macher darauf, Wissenschaft unkompliziert zu vermitteln. (...) Und bei Quarks & Co soll Wissenschaft unterhalten.“ [www.wdr.de/tv/quarks](http://www.wdr.de/tv/quarks) (13. 1. 2014).

<sup>3</sup> Vgl. Wolfgang Merkel/Alexander Petring, Partizipation und Inklusion, in: Demokratie in Deutschland 2011, [www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/dsl/partizipation\\_und\\_inklusion.pdf](http://www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/dsl/partizipation_und_inklusion.pdf) (20. 1. 2014).

grenzt, übt einen erheblichen Einfluss aus.<sup>14</sup> Der heute so gängige Begriff „Nachhaltigkeit“ etwa, der maßgeblich in das politische System Einzug gehalten hat, kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft.<sup>15</sup> Sein Einzug ins politische System seit Anfang der 1970er Jahre kann gut nachvollzogen werden.<sup>16</sup> Der Diskurstheoretiker Michel Foucault hat diese Entwicklung beschrieben, „die darauf verweist, wie die Subjekte und die Gegenstände der Wirklichkeit untereinander und miteinander vermittelt sind“.<sup>17</sup> Ein Diskurs funktioniert ihm zufolge schrittweise: „1. Durch das Auftauchen einer Aussage an einem Ort und einem Zeitpunkt, 2. durch die Position des sprechenden Subjekts, 3. durch die Beziehungen zwischen den Aussagen, 4. durch die Wiederholung und Beständigkeit, die den Aussagen ihre materielle Existenz verleihen.“<sup>18</sup>

## Öffentliche Machtpositionen haben eine besondere Verantwortung für Sprache

Nun könnte man pragmatisch sein und sagen, dass die Wechselbeziehung zwischen Sprache, sozialen Systemen und Herrschaftsausprägung offenbar unvermeidbar ist, und sich beruhigt anderen Themen zuwenden. Für jene sozialen Systeme, die auf eine Gesellschaft großen Einfluss haben, wie beispielsweise Politik und Wissenschaft, darf dies jedoch nicht gelten. Denn Demokratie, die „Herrschaft des Volkes“, kann nur dann gegeben sein, wenn

auch komplexe politische Entscheidungen von den Betroffenen verstanden werden – wie beispielsweise die Bewältigung der Bankenkrise, Entscheidungen zur Bioethik, Bildungs- oder Arbeitsmarktreformen.

An dieser Stelle ist es notwendig, sich den Begriff „Herrschaft“ genauer anzusehen. Er wirkt zunächst im Zusammenhang mit Sprache eher grob und zu groß: Wieso und wie sollten bloße Worte, unter Umständen nicht einmal niedergeschrieben, Herrschaft demonstrieren und ausüben können? Der Herrschaftsbegriff und seine soziologischen Definitionen lassen dies jedoch durchaus zu: Nach Max Weber ist Herrschaft „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“.<sup>19</sup> Er gliedert sie in drei „reine Typen“: Der erste ist rationalen Charakters und beruht auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen (*legale Herrschaft*). Der zweite ist traditionellen Charakters; die Basis ist der Alltagsglaube an die Heiligkeit von jeher geltenden Traditionen und die Legitimität der durch sie zur Autorität Berufenen (*traditionale Herrschaft*). Den dritten sieht der durch charismatischen Charakter geprägt. Grundlage ist hier die außeralltägliche Hingabe an die Heiligkeit, die Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen (*charismatische Herrschaft*).<sup>20</sup> Als Legitimationsmittel für die legale Herrschaft führt Weber „sachliche Kompetenz“ an.<sup>21</sup>

Anhand der Politik lässt sich „die Legalität gesetzter Ordnungen“ gut darstellen: Die Herrschaft des Volkes wird an gewählte Repräsentanten übertragen – im Vertrauen auf deren Kompetenzen inklusive Führungsfähigkeiten. Ähnliches gilt für die Berufsordnungen von Professorinnen und Professoren, Institutsleitungen sowie anderen Führungspositionen in der Wissenschaft. Kompetenz wiederum vermittelt sich maßgeblich über Sprache – sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik. Zum einen wurde bereits deutlich, dass Zugang und

<sup>14</sup> Vgl. Herbert Ammon, Politische Semantik: Zur Durchsetzung von Begriffen im herrschenden Diskurs, 24.3.2008, [www.globkult.de/herbert-ammon/568-politische-semantik-zur-durchsetzung-von-begriffen-im-herrschenden-diskurs](http://www.globkult.de/herbert-ammon/568-politische-semantik-zur-durchsetzung-von-begriffen-im-herrschenden-diskurs) (20.1.2014); George Lakoff/Elisabeth Wehling, Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg 2009.

<sup>15</sup> Vgl. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Nördlingen (Hrsg.), Von der Eis- bis in die Neuzeit, [www.aelf-nd.bayern.de/forstwirtschaft/41317/index.php](http://www.aelf-nd.bayern.de/forstwirtschaft/41317/index.php) (9.1.2014).

<sup>16</sup> Vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit, [www.nachhaltigkeit.info/artikel/erste\\_verwendungen\\_von\\_sustainable\\_im\\_20\\_jh\\_1727.htm?sid=f390df6c9f2ec7f0f1c8261e4a908cad](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/erste_verwendungen_von_sustainable_im_20_jh_1727.htm?sid=f390df6c9f2ec7f0f1c8261e4a908cad) (20.1.2014).

<sup>17</sup> Siegfried Jäger, Dispositiv, in: Marcus S. Kleiner (Hrsg.), Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken, Frankfurt/M. 2001, S. 82.

<sup>18</sup> Brigitte Kerchner, Diskursanalyse in der Politikwissenschaft, in: dies./Silke Schneider (Hrsg.), Foucault: Diskursanalyse der Politik, Wiesbaden 2006, S. 49.

<sup>19</sup> Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe, Tübingen 2009, S. 217.

<sup>20</sup> Ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1985, S. 123.

<sup>21</sup> Vgl. ders. (Anm. 9).

Anerkennung in einem sozialen System durch die sprachlich demonstrierte Fachkompetenz mitbestimmt werden. Zum anderen benötigen sämtliche berufliche bezogenen Kompetenzen (Fach- und Methodenkompetenz, Sozialkompetenz und Personalkompetenz)<sup>12</sup> Sprache, um sich anderen zu vermitteln und zur weiteren Ausbildung der Kompetenzen.

Ralf Dahrendorfs Modell von Herrschaft lässt sich noch unmittelbarer auf Sprache beziehen: Herrschaft befähigt aus seiner Sicht, Normen und Sanktionen zu formulieren beziehungsweise umzusetzen. Man kann dies so lesen, dass Normen durch Sprache verhandelt werden und dadurch gleichzeitig sprachliche Normierungen geschaffen werden. „Hartz IV“ kann beispielsweise als „Norm“ in Gestalt eines Gesetzes gesehen werden, der Begriff als solcher wurde im Verlauf der Entwicklung dieser Gesetzgebung jedoch ebenfalls „normiert“.

Dahrendorfs Herrschaftsmodell bezieht Schichten und Klassen mit ein, zwischen denen es in Bezug auf Normen und Sanktionen zu Konflikten kommen kann. Entsprechend unsicher wird die Herrschaft, gegebenenfalls bricht sie zusammen, und es entsteht eine neue Herrschaftsordnung. Auch in Konflikten ist Sprache ein wesentliches Element, um Positionen zu verdeutlichen oder Herrschaftsansprüche (zum Beispiel die Deutungshoheit der bestehenden Verhältnisse) zu unterstreichen – wie beispielsweise der Titel eines Nachrichtenbeitrags „Armutsmaschine oder gelungene Reform?“<sup>13</sup> zur Bestandsaufnahme fünf Jahre nach der Einführung der „Hartz-IV“-Reform verdeutlicht. Beide Modelle, Webers Ausprägungen einer eher statisch begriffenen Herrschaftsstruktur und Dahrendorfs eher dynamisches Modell vom Wandel der Herrschaftsstrukturen, können gut im Verbund miteinander gesehen werden.

## „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“

Das Zitat des Philosophen Ludwig Wittgenstein verweist auf die naheliegende Frage: Wie anschlussfähig sind die gegenwärtigen

<sup>12</sup> Vgl. Andreas Schelten, *Begriffe und Konzepte der berufspädagogischen Fachsprache*, Stuttgart 2000, S. 36.

<sup>13</sup> Vgl. Beitrag vom 19.2.2010, [www.tagesschau.de/inland/hartzbilanz100.html](http://www.tagesschau.de/inland/hartzbilanz100.html) 18.2.2010 (20.1.2014).

(Sprach-)Normen in den jeweiligen Schichten und Klassen? Werden sie überhaupt verstanden? Wissen Angehörige verschiedener Bildungsschichten, was mit „Exzellenzinitiative“, „Genom“, „bilateralem Handelsvolumen“ oder „progressivem Steuerverlauf“ gemeint ist? Welche Auswirkungen haben diese Begriffe und die damit verbundenen Entscheidungen auf sie?

Im Rahmen der Studie „Sprichst du Politik?“ wurden im Jahr 2011 deutschlandweit 16- bis 19-Jährige zu ihrem Interesse an und Verständnis von politischer Kommunikation befragt. Demnach erachteten 42,4 Prozent der Befragten mit angestrebtem niedrigem Schulabschluss, 47,2 Prozent derer mit einem avisierten mittleren Schulabschluss und immerhin noch 28,1 Prozent derjenigen, die mit dem Abitur die Schule abschließen wollten, die schriftliche politische Berichterstattung als zu kompliziert.<sup>14</sup> Die Kritik ist nicht neu und wurde bereits vor Jahren auch an die Wissenschaft gerichtet.<sup>15</sup>

## Sprachliche Alleinherrschaft ist zunehmend nicht mehr haltbar

Doch auch unabhängig von einer Bildungs- und Milieubetrachtung wird die Frage der Verständlichkeit zusehends wichtiger: Immer deutlicher wird der Anspruch, das, was einen persönlich betrifft, auch zu verstehen, um gegebenenfalls mitentscheiden zu können. Es gibt bislang keine vergleichenden Langzeitbetrachtungen, doch die zunehmende Zahl von Bürgerhaushalten und -initiativen, der Begriff „Wutbürger“ als Wort des Jahres 2010 und die Debatte um den Volksentscheid auf Bundesebene zeigen auch ohne Zahlen, dass Bürgerinnen und Bürger eine selbstbewusstere und anspruchsvollere Haltung gegenüber ihren Volksvertreterinnen und Volksvertretern an den Tag legen.

Bezogen auf Weber kann man sagen: Sie testeten die Kompetenz der legitimierten Herrscher. In Dahrendorfs Modell beanspruchen sie einen Teil der Herrschaft selbst, nämlich

<sup>14</sup> Vgl. Nina Arnold et al., *Sprichst du Politik?*, Berlin 2011, S. 40.

<sup>15</sup> Vgl. Matthias Ballod, *Verständliche Wissenschaft. Ein informationsdidaktischer Beitrag zur Verständlichkeitsforschung*, Tübingen 2001, S. 11.

den, Normen und Sanktionen mit auszuhandeln – in der Hoffnung, wirksamere Lösungen und gleichzeitig weniger Konflikte zu erzeugen. Die Studie „Sprichst du Politik?“ zeigte jedoch auf, dass die Wahrnehmung der Sprache von politischen Akteuren dem entgegensteht: 59,1 Prozent der Befragten nahmen an, dass Politiker absichtlich eine „abgehobene“ Sprache sprechen.<sup>16</sup>

Aus dem Unverständnis der Sprache heraus (durch zu geschliffene und dadurch wenig nachvollziehbare Sprache, beschönigende Kunstbegriffe sowie viele Fachbegriffe) entsteht also eine Distanz, die schon der Soziologe Pierre Bourdieu mit seinen Ausführungen zum „Habitus“<sup>17</sup> beschrieben hat. Bourdieus Kernaussage lautet: „Die Menschen verstehen in der Praxis mitgeteilte Informationen durch den Habitus auf die ‚richtige‘, d. h. sozial gewünschte und passende Weise. ‚Das ist nichts für uns‘ oder: ‚Für wen hält die sich eigentlich?‘ bezeichnen zwei der prominenten Beispiele für sozial geregeltes, selektives Verstehen, das auf wundersame Weise die subjektive (...) mit der objektiven Definition der Situation (... Klassenzugehörigkeit) in Übereinstimmung bringt.“<sup>18</sup> Der Mensch denkt, spricht und handelt demnach nicht *per se* frei, sondern gebunden an seine soziale Klasse. So verfestigt sich die Distanz zwischen den Klassen in hohem Maße durch Sprache.

Je nach Kultur sind diese Distanzen mehr oder weniger leicht überbrückbar. Für Deutschland bestätigt die Bildungsforschung, dass es nach wie vor einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungsgrad, mithin dem sozialen Milieu des Erwachsenen gibt.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Vgl. N. Arnold et al. (Anm. 14), S. 39.

<sup>17</sup> Habitus verstanden als „Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen“. Pierre Bourdieu, Grundlagen einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1976, S. 165, zit. nach: Markus Schwingel, Pierre Bourdieu zur Einführung, Hamburg 2005, S. 61.

<sup>18</sup> Gerd Nollmann, Luhmann, Bourdieu und die Soziologie des Sinnverstehens. Zur Theorie und Empirie sozial geregelten Verstehens, in: Armin Nassehi/ders. (Hrsg.), Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich, Frankfurt/M. 2004, S. 122.

<sup>19</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.), Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 86, [www.bmbf.de/pubRD/bildung\\_in\\_deutschland\\_2010.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/bildung_in_deutschland_2010.pdf) (3.1.2014).

Die naheliegende Schlussfolgerung, dass formal höher Gebildete sich demnach eingeladener fühlen müssten, sich über Politik zu informieren und am politischen Geschehen teilzuhaben, kann jedoch laut „Sprichst du Politik?“ nicht gelten: 44,9 Prozent mit angestrebtem niedrigem Schulabschluss, 44,2 Prozent derjenigen, die einen mittleren Schulabschluss erreichen wollen, und 45,9 Prozent derjenigen, die auf einen höheren Abschluss hinsteuern, stimmten sinngemäß dieser prototypischen Aussage aus der qualitativen Befragung zu: „Ich denke, es liegt alles daran, dass der Staat nicht will, dass wir uns politisch engagieren. Die Regierung profitiert davon, wenn die Leute möglichst wenig wissen. (...) Wenn sie wirklich nachfragen und ständig Kontra geben würden, gäbe es ja den reinsten Reformsturm.“<sup>20</sup> Die Skepsis gegenüber dem politischen System ist in dieser Generation also bildungsunabhängig.

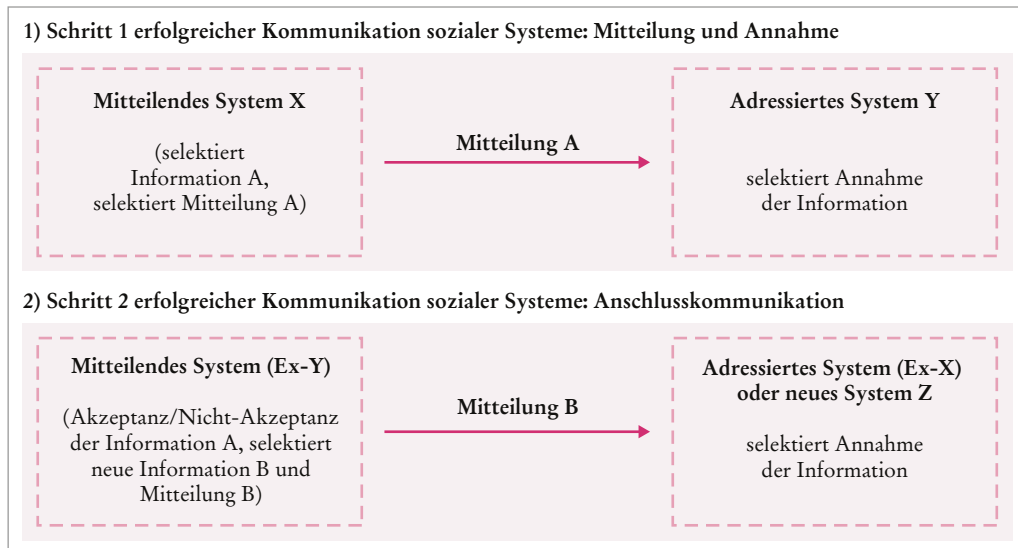
Dieses Argument soll politische Programme wie die Bildungsoffensive der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und viele andere Bildungsinitiativen nicht kleinreden – aber es soll verdeutlichen, dass auch das politische und das wissenschaftliche System ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Verbesserung der demokratischen Reife leisten müssen.

Da Bildung allein nicht reicht, ist es die demokratische Aufgabe des politischen und des wissenschaftlichen Systems, anschlussfähiger zu werden, indem sie mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich kommunizieren. Denn ohne Kommunikation mit ihrer Umwelt sterben soziale Systeme – in dieser Betrachtung: die demokratische Gesellschaft mit den politischen und gesellschaftlichen Systemen als Subsysteme.<sup>21</sup> Kommunikation ist bei Luhmann aber nicht einfach die Mitteilung von A an B ohne Rückkopplung von Erfolg oder Misserfolg. Erfolgreiche Kommunikation im Sinne Luhmanns umfasst Anschlusskommunikation. Ein Gelingen dieser Art von Kommunikation betrachtet er zwar als durchaus möglich, doch tendenziell „un-

<sup>20</sup> N. Arnold et al. (Anm. 14), S. 35.

<sup>21</sup> „Bewusstseinssysteme und Kommunikationssysteme hören mithin auf, wenn ihre Operationen nicht fortgesetzt werden.“ Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Wiesbaden 1995, S. 41.

## Abbildung: Erfolgreiche Kommunikation nach Niklas Luhmann



Quelle: Eigene Darstellung nach: Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M. 1984, S. 203.

wahrscheinlich“.<sup>22</sup> Mit anderen Worten: Anschlusskommunikation ist bedroht von der immerwährenden Möglichkeit der Kommunikationspartner, die Mitteilungen der anderen zur Kenntnis zu nehmen oder nicht, sie inhaltlich anzuerkennen oder nicht, zu antworten oder nicht. Das heißt, dass Kommunikation nur stattfindet, wenn Anschlusskommunikation stattfindet, wenn auch nicht notwendigerweise mit dem Absender. Ebenso könnte die Erörterung eines Fernsehgesprächs zwischen Politikern mit Bekannten eine erfolgreiche Kommunikation im Sinne der Systemtheorie darstellen – womit wir wieder bei der Verantwortung politischer Akteure wären.

Das bedeutet, dass, wenn erfolgreich kommuniziert werden soll, die Akteure sich gerade bei komplexeren Themen mehr anstrengen

<sup>22</sup> „Wie soll jemand auf die Idee kommen, einen anderen, dessen Verhalten ja gefährlich sein kann oder auch komisch, nicht nur schlicht wahrzunehmen, sondern es im Hinblick auf Information und Mitteilung zu beobachten (...) wie soll jemand sich ermutigt fühlen, eine Mitteilung (und welche?) zu wagen, wenn gerade das Verstehen des Sinnes der Mitteilung den Verstehenden befähigt, sie abzulehnen? Geht man von dem aus, was für die beteiligten psychischen Systeme wahrscheinlich ist, ist also kaum verständlich zu machen, dass es überhaupt zu Kommunikation kommt.“ Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1997, S. 191.

müssen. Dies gilt auch dann, wenn es bei den Adressaten ohnehin eine Bereitschaft gibt, zu kommunizieren, etwa beim Besuch einer politischen Veranstaltung oder dem Aufruf einer digitalen Plattform zu wissenschaftlichen Themen. Denn die Herrschaft bei dieser Auffassung von Kommunikation ist geteilt. Man hört zunächst lieber zu, wenn das Gegenüber in der Kommunikation im Sinne Webers *kompetent* erscheint. Doch wenn dessen Sprache das Zuhören erschwert, kann man auch jederzeit wieder damit aufhören, also die Annahme der Information verweigern. Oder man kann die Information als solche zwar annehmen (wie etwa politische Berichterstattung durch Massenmedien), die Nichtakzeptanz des Inhalts aber für sich behalten und diese nicht mit dem Absender oder anderen teilen – also keine Anschlusskommunikation herstellen.

## Unheilvolle Kette: Unverständnis, Desinteresse, Dysfunktion

Genau dies geschieht auf breiter Front: Gleichwohl in der Studie „Sprichst du Politik?“ 53,1 Prozent der jungen Frauen und 76,3 Prozent der jungen Männer angaben, dass sie sich in hohem Maße für Politik interessieren, waren sie auch der Ansicht, dass

politische Sprache zu kompliziert sei. Die als distanziert empfundene Sprache mindere ihr Interesse und führe dazu, dass weniger hingehört und letztlich weniger diskutiert wird.

Eine gewisse Widersinnigkeit dieses Handelns ist den Befragten durchaus bewusst, denn sie könnten ja durch mehr persönliche Informationen die empfundene Komplexität der politischen Sprache mindern. Doch das Vertrauen in diesen Mechanismus ist – auch in die Medien, die ihres Erachtens die Übersetzung der komplizierten Fachsprache nicht leisten<sup>F23</sup> – geschwunden.

Die gegenwärtig sinnvollste Reaktion, um die Komplexität zu reduzieren, ist aus Sicht der Mehrheit der Jugendlichen, nicht länger zuzuhören. Denn das politische System laufe ja auch ohne ihr Zuhören oder gar Mitwirken weiter: „Ich glaube, wenn das System so lange funktioniert, wird auch niemand daran etwas ändern wollen. Zurzeit funktioniert es noch, und Lösungen für unsere Probleme bestehen nicht. Wieso sollte jemand was ändern wollen, solange es noch funktioniert?“<sup>F24</sup>

Auch dieser Aussage könnte man sich anschließen, die Zeichen der Zeit (wie etwa eine seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung<sup>F25</sup> sowie stetig abnehmende Mitgliederzahlen der Parteien) als Ausdruck der Zufriedenheit deuten und sich anderen Problemen zuwenden. Doch die für viele Bürgerinnen und Bürger unverständlichen Fachsprachen von Wissenschaft und Politik sind Ursachen für weitere Probleme: einerseits fruchtlose, mühsame, inner- und außerhalb des politischen Systems Desinteresse erzeugende Auseinandersetzungen,<sup>F26</sup>

andererseits ein von vielen so empfundener Mangel an Energie für konstruktive und kreative Lösungsansätze – ganz wie eingangs von Konfuzius beschrieben.

## Fazit

Eine verständliche Sprache reduziert Komplexität. Sie vermittelt idealerweise den Sinn der Aussage, statt ihn – gewollt oder ungewollt – zu verschleiern. Hier greift auch Luhmanns Definition von mündlicher Sprache als Medium mit akustischen Zeichen für Sinn.<sup>F27</sup> Sie ermöglicht Anschlussfähigkeit und damit Sinn auf der Seite der Adressaten. Gemeint ist hier ein ganz praktischer, sozialer Sinn. Für Bourdieu „besteht der Unterschied darin, ob dem Handeln eine gedankliche Vorstellung über den Zweck und die Mittel der Handlung vorausgeht oder ob es unmittelbar auf die soziale Praxis reagiert.“<sup>F28</sup> Ohne populistische Handlungen befürworten zu wollen: Auch hier kann man die Aufforderung zur Anschlussfähigkeit herauslesen, indem sprachlich idealerweise bei der aktuellen sozialen Praxis angesetzt wird; wenn mit Jugendlichen beispielsweise nicht über „Konflikte durch divers ausgebildete Migrationshintergründe an Schulen“ gesprochen, sondern einfach an ihren persönlichen Begegnungen mit Gleichaltrigen anderer Herkunft angeknüpft wird.

Sicher ist eine verständliche Sprache gleichermaßen Aufgabe aller Beteiligten in der Gesellschaft, auch der Bürgerinnen und Bürger. Doch sie ist umso mehr Verpflichtung für diejenigen, denen „legale Herrschaft“ zugeschrieben wird. Sicher ist auch, dass ein soziales System allein eine wirksame Umkehr und sprachliche Selbstdisziplinierung nicht wird leisten können. Dazu sind die sozialen Systeme gesellschaftlich zu sehr verwoben. Politik und Wissenschaft (wie auch Medien) gemeinsam könnten dies leisten – zu ihrem eigenen wie auch zum gesellschaftlichen Vorteil.

<sup>F23</sup> Vgl. N. Arnold et al. (Anm. 14), S. 40.

<sup>F24</sup> Ebd.

<sup>F25</sup> Vgl. Interview mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, in: DJI Impulse 3/2013, S. 4 ff., [www.dji.de/bulletin/d\\_bull\\_d/bull103\\_d/DJI\\_3\\_13\\_Web.pdf](http://www.dji.de/bulletin/d_bull_d/bull103_d/DJI_3_13_Web.pdf) (10. 1. 2014).

<sup>F26</sup> So etwa Peter Struck im Interview auf die Frage, ob er „die Lust an der Politik verloren“ habe: „Nicht an der Politik generell. Aber ich kenne die Debatten hinlänglich. Die immer gleichen Themen, die immer gleichen Argumente bei den eigenen Leuten und beim politischen Gegner, diese Rituale. Davon habe ich jetzt genug.“ SZ-Magazin 23/2009, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/29518/Kanzler-War-ich-nie-der-Typ-dafuer> (10. 1. 2014); Karin Jäger, Politik als Droge – wie Politiker mit dem Druck umgehen, 4. 9. 2013, [www.dw.de/politik-als-droge-wie-politiker-mit-dem-druck-umgehen/a-17052465](http://www.dw.de/politik-als-droge-wie-politiker-mit-dem-druck-umgehen/a-17052465) (10. 1. 2014).

<sup>F27</sup> Vgl. Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M. 1984, S. 220.

<sup>F28</sup> Eva Bärlösius, Pierre Bourdieu, Frankfurt/M. 2006, S. 32.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

## Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)

# APuZ

Nächste Ausgabe

12/2014 · 17. März 2014

## Europawahl

*Harald Welzer*

Warum ich dieses Mal wählen gehe

*Ulrich Beck*

Europa braucht einen neuen Traum

*Cas Mudde*

Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahlen 2014

*Mayte Peters*

Demokratie durch Kritik: Wider die EU-Skepsis

*Ewald König*

Die wichtigsten Themen vor und nach der Wahl

*Olaf Leïße · Fabian Haun*

Europawahl: Was für die EU auf dem Spiel steht

*Martin Fuchs · Anne Laumen*

#EP2014: Europawahlkampf im Netz

*Jerzy Macków*

Majdan: Die andere Europawahl



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)  
Dr. Asiye Öztürk  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
14. Februar 2014

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißensefstraße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** wird mit der Wochenzeitung **Das Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

### Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Postfach 501055  
18155 Rostock  
Fax.: (038204) 66273  
[bestellungen@shop.bpb.de](mailto:bestellungen@shop.bpb.de)  
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg) werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

# Leichte und Einfache Sprache

APuZ 9–11/2014

*Simone Seitz*

## 3–6 **Leichte Sprache? Keine einfache Sache**

Leichte Sprache sichert der Zielgruppe – Menschen mit Lernschwierigkeiten – den Zugang zu gesellschaftlichen Wissensvorräten, die notwendig sind, um eigene Rechte vertreten und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Doch die Übersetzung in Leichte Sprache stößt mancherorts an Grenzen.

*Gudrun Kellermann*

## 7–10 **Leichte und Einfache Sprache – Versuch einer Definition**

Der Beitrag skizziert die Entwicklungsgeschichte der Leichten und Einfachen Sprache. Da Leichte Sprache kein geschützter Begriff ist, werden beide Begriffe oft synonym verwendet. Doch es kommen unterschiedliche Regeln zum Einsatz. Eine Definition ist notwendig, denn das Thema gewinnt an Bedeutung.

*Anatol Stefanowitsch*

## 11–18 **Leichte Sprache, komplexe Wirklichkeit**

Gesellschaftliche Vorgänge werden über eine komplexe Sprache abgewickelt, zu der nicht alle gleichermaßen Zugang haben. Eine breite gesellschaftliche Teilhabe im Sinne einer inklusiven Gesellschaft erfordert deshalb einen Kompromiss zwischen sprachlicher Vereinfachung und besserer sprachlicher Bildung.

*Valentin Aichele*

## 19–25 **Leichte Sprache – Ein Schlüssel zu „Enthinderung“ und Inklusion**

Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft sind Barrieren abzubauen und mehr Möglichkeiten für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Leichte Sprache spielt eine wichtige Rolle: Zahlreiche Menschen verstehen schwere Sprache nicht; Leichte Sprache kann wie ein Schlüssel die Tür zum Verständnis öffnen.

*Sven Nickel*

## 26–32 **Funktionaler Analphabetismus**

Mit dem Konzept der Leichten Sprache werden Texte so vereinfacht, dass auch Menschen mit einer geringeren Lesekompetenz sie lesen können. Dies ist hilfreich, aber nicht hinreichend. Denn geringe Lesekompetenzen sind ein gesellschaftliches Problem. Der Beitrag widmet sich den Hintergründen dieses Phänomens.

*Bettina Fackelmann*

## 33–38 **Sprache in Politik und Wissenschaft**

Eine verständliche Sprache reduziert Komplexität, vermittelt idealerweise den Sinn der Aussage, ermöglicht Anschlussfähigkeit und damit Sinn auf der Seite der Adressaten. Sie ist Aufgabe aller Beteiligten in der Gesellschaft, doch umso mehr Verpflichtung für diejenigen, denen „legale Herrschaft“ zugeschrieben wird.